

Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Ein Melancholiker vom Niederrhein
4 *Wolfgang Belitz*
Trumperium

SCHWERPUNKT:

tatsächliche Fluchtursachen II

- 5** *Robert Bosshard*
Hilfe!
6 *Angelika Schlösser*
Ankommen in Hattingen
7 *Markus Wissen, Ulrich Brand*
Die autoritäre Stabilisierung eines Wohlstandsmodells – Zum Zusammenhang zwischen imperialer Lebensweise, Flucht und dem Aufstieg der Rechten
9 *Ingrid Just*
Ein Mensch – eine Ware?
10 *Hans Joachim Schwabe*
Der Geiz der reichen Westlichen Welt schafft weitere Gründe für die Flucht nach Europa
11 *Heiko Koch*
Bilder der Migration in der Karikatur
12 *Christoph Marischka*
Krieg in Mali. Deutsche Präsenz: stark wachsend, Uranabbau schützend, Migration und Flucht ver hindernd
13 *Wolf-Dieter Just*
Das Dublin-System der EU und Kirchenasyl
15 *David Nelson*
Kinderrechte für geflüchtete Kinder stärken!
16 *Jens Flachmeier*
Veränderungen in der Flüchtlingsarbeit
17 *Tareq Alaows / Maren Wenzel*
Warum Refugees in Bochum „streiken“
18 *Flüchtlingstribunal 13. – 16. Juni 2013 in Berlin*
WIR SIND HIER, WEIL IHR UNSERE LÄNDER ZERSTÖRT! Abschlusserklärung
19 *Dieter Alexander Behr*
Zwischen Widerstand, Flucht und Exil – Emmanuel Mbolelas Kampf für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung
20 *Willi Hajek*
Cedric Herrou,
20 *Koray Berat Sari*
„Okyanus Concerto“ für Bağlama, 2 Gitarren und Sinfonieorchester

Menschenorte 32

- 21** *Manfred Walz / Sebastian Müller*
AfricanTide e.V. in der Dortmunder City
22 *Wolfram Schneider*
AMOS in Marokko
22 *Jörg Müller*
Leserbrief zu Martin Luther und Islam

Palästina

- 23** *Uri Avnery – 4. März 2017*
Napoleons Kanonen

Editorial

Dieser **AMOS** knüpft mit dem Schwerpunkt „Tatsächliche Fluchtursachen II“ an bei der Dezember-Ausgabe: Krieg, Diktatur, Minderheit, Armut, Umwelt und deren ursächliche, heute noch herrschende nach-koloniale Welt-, Ordnung“. In diesem Heft folgt als eine weitere „tatsächliche Fluchtursache“ die Imperiale Lebensweise (U. Brand/M. Wissen). Diesen analytischen Beitrag umgeben wir mit Biografischem: ein Junge aus Westafrika flieht in einer 10-jährigen Odyssee, von Menschen in Oberhausen (R. Bosshard) und Hattingen (A. Schlösser). Frau als ver-käufliche Ware im Kosovo und nun als Abschiebeopfer im Rheinland (I. Just). Eine weitere tatsächliche Fluchtursache: die reichen Staaten verweigern und kürzen Hilfgelder für kriegsnahe Aufnahmelager (H. J. Schwabe). Und wie sich Vorurteile und Ressentiments erschreckend über Jahrhunderte halten (H. Koch).

Der 2. Teil handelt von der Ausweitung und Verstärkung der Festung Europa, mit dem mörderischen ‚push-back‘ der Boote mit Flüchtlingen im Mittelmeer, mit den aktuellen ‚deals‘ gegen Flüchtlinge mit Staaten in Afrika, im Orient, in Asien (Afghanistan!). Nach dem Krieg in Afghanistan steuert die Bundeswehr in Mali auf die nächste Sackgasse zu (Ch. Marischka). Die EU-Verschärfungen gegen die Flüchtlinge (Dublin-Regelungen) mit der drohenden Folge einer Abschaffung des Kirchenasyls (W. D. Just) und die Verschärfungen gegen unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (D. Nelson). Auch noch Anderes mehr wird abgeschafft – deutlich spürbar vor Ort (J. Flachmeier).

Im dritten Teil versammeln wir Beispiele von Gegenmacht-Bildung, von Flüchtlingen und ‚Einheimischen‘ im ‚Aufrechten Gang‘: Das Flüchtlingstribunal in Berlin: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!“, Refugee Strike in Bochum (T. Alaows/M. Wenzel), Afrique-Europe-Interact (D. A. Behr), ein Menschenort in Dortmund (S. Müller/M. Walz), Aufsässiges in Süd-Frankreich bei Nizza (W. Hajek), als Verneigung vor ertrunkenen Flüchtlingen im Mittelmeer eine soeben in Marl uraufgeführte Orchesterkomposition (K. B. Sari).

Zusammen sind diese beiden Hefte 4|16 und 1|17 in der gegenwärtigen Epoche von Migration und Flucht eine analytisch und biografisch argumentierende Mahnschrift für eine alternative, solidarische Welt-Ordnung, für Aufrechten Gang an jedem Ort.

Dazu wie in jedem Heft die Kolumnen von H. Schulz und W. Belitz, Unheiliges aus dem Heiligen Land – und diesmal eine „Randnotiz zur weltumspannenden Anwesenheit“ von **AMOS** und ein ausführlicher Leserbrief.

Wir kündigen an: Im Juni-**AMOS** (2|2017) geht es um „Kunst und Kritik“.

Und vorher am 2. Juni 2017 sehen wir uns im bahnhof langendreer in Bochum: „50 Jahre 2. Juni 1967“ (dazu die Beilage). Weitere Exemplare der Beilage können angefordert werden beim Amos-Verein unter amos-ev@web.de sowie bei dem Verein „Wir Gründerstudenten“ über Wolfram Breger: w.breger@t-online.de. Wir bitten, diese Veranstaltung bei allen Interessierten bekannt zu machen.

Impressum ...	Seite 8
Abo-Bestellschein ...	Seite 22
Literatur/Lesetipps/Links ...	Seiten 3, 8, 14, 16, 19
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 14
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Hermann Schulz

Ein Melancholiker vom Niederrhein

Die Umstände seiner Kindheit, Jugend und Berufsfindung hat er nie an die große Glocke gehängt.

Ende 1944 hatten zwei SS-Männer, die in den Niederlanden stationiert waren, drei Tage Urlaub. Der eine kam vom Niederrhein, der andere aus dem Osten; zu weit entfernt, um nach Hause zu fahren. Sein Freund lud ihn ein, mit ihm nach Neukirchen-Vluyn zu kommen. Da sei ein Tanzfest am Wochenende. Auf diesem Fest lernte der Gast ein Mädchen kennen. Sie wurde schwanger, 1945 wurde Werner Biermann geboren. Der Aufenthaltsort des Kindsvaters war jahrelang unbekannt.

Die junge Mutter fand einen Ehemann. Bei seiner Mutter und dem Stiefvater ging es dem kleinen Werner nicht besonders gut. Die Höhere Schule kam nicht in Frage, er sollte schnellstens einen Brot-Beruf erlernen. Er wurde Lehrling bei Bayer-Uerdingen und bestand nach drei Jahren alle Prüfungen. Die Firma bot ihm eine feste Anstellung.

Große Enttäuschung bei Mutter und Stiefvater: Werner lehnte ab! Er wollte Journalist werden, hatte sich schon bei der Neuen Rheinzeitung in Essen für ein Volontariat angemeldet. Geld von zu Hause bekam der Siebzehnjährige nicht mehr. Das irritierte ihn nicht, er schlug sich irgendwie durch. Und las viel, lernte Recherchieren und entdeckte ein Leben, wie er es erträumte. Bei verschiedenen Medien, beim STERN und schließlich bei Rundfunk und Fernsehen.

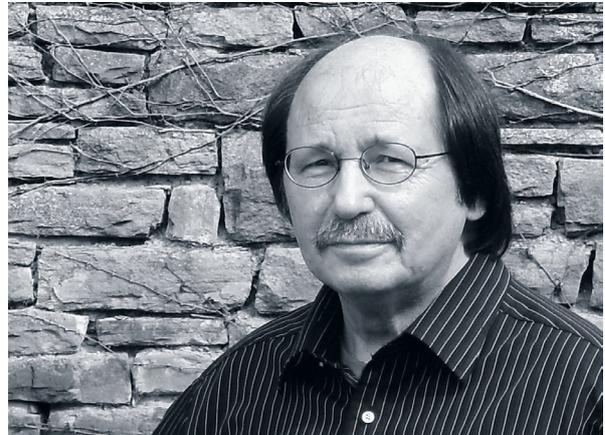
Ich lernte ihn in meinem Büro im Peter Hammer Verlag 1980 kennen. Ansgar Skriver vom WDR hatte ihn nach Wuppertal geschickt, weil er eine Nicaragua-Sendung machen sollte. Da waren wir eine gute Quelle. Ich konnte ihm damals einige wichtige Kontakte schaffen, zum Dichter Cardenal oder zu den gerade siegreichen Kommandanten der Revolution.

Wir trafen uns in Nicaragua wieder. Meinen Kindern fiel er auf durch seine Stirnglatze, seine langen Haare und seinen trockenen Humor; uns Eltern durch seine Bescheidenheit und Klugheit. Es war der Beginn unserer Freundschaft.

Weil er schon bald ein gesuchter Filmemacher war und in aller Welt auf Reisen, konnten wir uns jeweils nur ein- oder zweimal im Jahr sehen. Aber es waren ungewöhnlich intensive Begegnungen; meist Gespräche über unsere Lebensgestaltung und persönliche Probleme.

Er plante seine ersten Bücher, träumte davon, Geschichten zu erzählen, zum Beispiel über die sogenannten ‚Rhein-Bastarde‘, Kinder schwarzer französischer Besatzungssoldaten nach dem Ersten Weltkrieg. Daraus wurde nichts, aber er schuf legendäre Filme (Kuba-Krise, Adenauer, Humboldt in Lateinamerika u.a.). Jeder Film eine große Erzählung! Bestens recherchiert, großartig vermittelt.

Schon bei seinem Buch über Franz-Josef Strauß hatte sich seine Begabung gezeigt, das Vertrauen der wichtigsten Zeitgenossen zu gewinnen, so zu den Kindern von Strauß, später zu Kindern und Enkeln von Adenauer. Das gab seinen Büchern die besondere Note; sie waren authentisch und nicht ideologisch gefärbt. Zur Verleihung des Adolf Grimme Preises hieß es: „W.B. zeigt in beispielhaft klarer Sprache und



© Jenny Köhler

ohne moralische Überheblichkeit, wie die Mechanismen der Macht funktionieren.“ Er schrieb auch Song-Texte für die Hühner und andere Gruppen, auch ein Musical.

Er selbst nannte sich in einem unserer Gespräche einmal lächelnd „einen Melancholiker vom Niederrhein.“

In diesen Tagen ist sein großes Werk über Konrad Adenauer erschienen (s. Lesetipp). Ich hatte das Schreiben dieses Werkes von 614 Seiten aus der Ferne begleitet, am Telefon, bei Begegnungen; hatte seine zähe Suche nach den Quellen und der gültigen Form bewundert. Von Werner erfuhr ich, wie es dazu kam, dass der englisch-polnische Autor Joseph Conrad Adenauers Lieblingsautor wurde (was mir als Conrad-Liebhaber und Adenauer-Gegner nicht passte). Um meine Verehrung für Conrad wissend, schickte er mir aus seinem Manuskript eine auch mich anrührende Passage.

Schließlich war nur noch das Nachwort zu verfassen; Werner Biermann fuhr mit seiner Frau Bess Köhler nach Tunesien, um eine Woche Urlaub vor der letzten Anstrengung zu machen. Nach seiner Rückkehr wollten wir uns sehen. Werner Biermann, der großartige Autor und Freund, ist in Tunesien nach plötzlich auftretenden Komplikationen im Krankenhaus gestorben. Auf seiner Beerdigung stellte ich bewundernd, erfreut und auch traurig fest, dass er ‚sehr viele gute Freunde‘ hatte.

Hermann Schulz lebt als Autor in Wuppertal. Zuletzt erschienen „Die Reise nach Ägypten“ (Nicaragua) und „Lady Happy und der Zauberer“ (Jugendbuch Tansania), beide 2016. Im März 2017 erscheint seine Erzählung „Das Luftgewehr“ in der Anthologie „Schichtwechsel. Poetische Schlagwetter“, hg. von Heinrich Peuckmann und Gerd Puls im Asso-Verlag.

Lesetipp

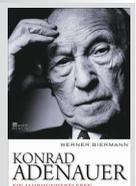
Werner Biermann

Konrad Adenauer. Ein Jahrhundertleben

Rowohlt, Berlin 2017

656 Seiten ISBN: 978-3-7371-0006-9

Ein grandios geschriebenes Porträt – und ein fesselndes Panorama deutscher Geschichte von der Kaiserzeit bis zum Kalten Krieg.



Wolfgang Belitz

Trumperium

Zu Beginn eines jeden Jahres zur Zeit des jährlichen Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlicht die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam einen Bericht mit den neuesten spektakulären Zahlen über den Skandal der sich immer radikaler verschärfenden sozialen Ungleichheit unter den Menschen auf dieser Welt. Diesmal trägt der Bericht die Überschrift: „*An Economy for the 99 Percent*“. Das soll heißen, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung 50,8 Prozent des weltweiten Vermögens besitzt – und damit mehr als die restlichen 99 Prozent zusammen. Oder anders gerechnet: Die 8 reichsten Männer der Welt besaßen im Jahr 2016 zusammen genommen 426 Mrd. US-Dollar und damit mehr als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (3,6 Mrd. Menschen mit insgesamt 409 Mrd. US-Dollar). Diese Informationen sollen aufrütteln und Empörung über das unglaubliche Drama der Verteilungsungerechtigkeit überall und hierzulande auslösen. Am Tag nach der Veröffentlichung des Berichts erscheint in allen Medien der Welt die äußerst plakative Headline: „*8 Milliardäre...*“ Nach den Tagesthemen am späten Abend bleibt dann das Problem wieder unerwähnt und unbehandelt bis zur Oxfam-Schlagzeile im nächsten Januar. So hat auch das Weltwirtschaftsforum der Mächtigen in Wirtschaft und Politik den Skandal der sozialen Ungleichheit wieder nicht zur Kenntnis genommen.

Zugleich ist der Januar 2017 der Zeitpunkt, da der verhängnisvolle Weg der sozialen Ungleichheit noch einmal forciert und beschleunigt wird. Am 20. Januar hat das **Trumperium** sich konstituiert und Fahrt zur Vertiefung der Ungleichheit aufgenommen. Mit der Wahl des Trumperiums hat das amerikanische Volk sich selbst erniedrigt und der Welt ein abschreckendes Beispiel gegeben. Seit den Tagen seiner Nominierung wird der **Trumphator**, **Dekretator** und **Protektorator** in der medialen Öffentlichkeit nahezu ununterbrochen mit psychiatrischen Ferndiagnosen bewertet (häufig: narzisstischer Egomane) und mit zahlreichen Attributen übler Charaktereigenschaften belegt (zusammengefasst von W. v. Lojewski: Kotzbrocken = jemand, den man als äußerst abstoßend und widerwärtig empfindet, so der Duden). Neben den Gefahren, die eine unberechenbare Führungspersönlichkeit in dieser Position für ihr Land und die Welt darstellt, will ich darauf aufmerksam machen, dass mit dem Trumperium die neoliberale Konterrevolution ihren finalen Sieg errungen hat.

Der Neoliberalismus regiert in dieser verheerenden Ausprägung nicht mehr indirekt über Lobbymacht und Beraterinfluss (wie z.B. in der EU und auf der halben Welt), sondern die neoliberale Wirtschaft hat sich nun in Gestalt des Trumphators direkt auf den Thron gesetzt und kann unvermittelt und ohne Umwege zuschlagen. Zum ersten Mal ist kein Politiker, sondern ein Wirtschaftsmanager Präsident des mächtigsten Landes der Welt. Nun ist der Trumphator kein leuchtendes Beispiel seiner Gattung, sondern lediglich ein gewiefter, mit allen Wassern gewaschener Immobilienmogul. Aber er hat gottseidank zahlreiche Kabinetts- und Beraterposten mit Unternehmern und Bankern besetzt. Selbst sein vielseitiger Chefideologe Stephen Bannon war schon bei

Goldman Sachs. Vier herausragende Beispiele: Außenminister Rex Tillerson ist Präsident des Mineralölkonzerns Exxon-Mobil, Wirtschaftsminister Wilbur Ross hat sein Vermögen bei der Investmentbank Rothschild gemacht, Finanzminister Stevin Mnuchin kommt von Goldman Sachs und Gary Cohn, neuer Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates, war bislang Präsident von Goldman Sachs. Es ist das reichste Kabinett aller Zeiten und noch dazu das mit dem höchsten IQ, wie der Trumphator selbst errechnet hat.

Da kann Bernie Sanders nur noch traurig fragen: „*Wollt ihr, dass Milliardäre und Wall-Street-Leute die Wirtschaft führen, oder wollen wir eine Wirtschaftspolitik, die arbeitende Familien und die Mittelklasse unterstützt?*“ Das bleibt eine offene Frage.

Klar dagegen ist, wie das Trumperium als Wall-Street-Kabinett angesichts des Sieges vorgeht. Es geht mit klassischen Schritten zurück in die Zukunft.

1. Das Trumperium macht sich sofort daran, die ersten Schritte der Obama-Administration jenseits des neoliberalen Königswegs wieder zu eliminieren. Noch am Tage seiner Amtseinführung hat der Dekretator sein erstes Dekret unterzeichnet, mit dem er die Rücknahme der Gesundheitsreform einleitet. Nach neoliberaler Lehre: Sozialstaat abbauen und Ansätze seiner Entwicklung zurücknehmen zur **Kostenreduzierung**. Für solche Maßnahmen führt der Dekretator ein neues Ritual ein: Er sitzt im Oval Office vor der Fernsehkamera umgeben von seinen Claqueuren und malt mit großen Gesten seine Buchstaben auf weißes Papier und hält den Ordner dann mit großen Worten in die Kamera.

2. Es folgt Dekret auf Dekret: am 27. Januar zelebriert der Dekretator das „Dekret zur Entfesselung der Finanzbranche“. Es betrifft zunächst den „Dodd-Frank-Act“, den Obama 2009 kurz nach der großen Krise zur Regulierung der Banken erlassen hatte, um durch Beschränkung der Banken künftig große Bankenrisiken zu verhindern. Das Dekret ist nach neoliberaler Lehre ein weiteres Kernstück: Rückzug des Staates durch **De-regulierung** aller Märkte.

3. Nun droht die nächste Verheißung neoliberaler Basics. Mit den Worten des Dekretators: „*Wir werden etwas ankündigen, ich würde sagen in den nächsten zwei oder drei Wochen, das in Sachen Steuern phänomenal sein wird.*“ Es gehörte zu den Wahlversprechen, die Unternehmenssteuern von 30 auf 15 Prozent zu senken. Ein weiteres Kernstück nach neoliberaler Lehre: die Reichen und ihre Besitztümer müssen befreit werden von **Steuern und Abgaben**.

Das Trumperium schlägt zurück, aber niemand weiß, ob der Endsieg der neoliberalen Konterrevolution sich am Ende nicht als Pyrrhussieg erweisen wird. Ein Siegeszug ohne Friedensabsicht, eine Anhäufung von neoliberalen Kernelementen in Verbindung mit weiteren menschenfeindlichen Dekreten sowie die unverhohlenen zur Schau gestellte Maßlosigkeit unterminieren das Trumperium und drohen es in Zukunft zusammenbrechen zu lassen. Die USA müssen umgehend handeln.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber und seit 1998 ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna

Robert Bosshard

Hilfe!

Ganz genau kann er sich nicht erinnern daran, jedenfalls sind die Eltern in seinem frühesten Alter schon verstorben, anlässlich eines Verkehrsunfalls, wie es geheißen habe. Er sei dann zu vielen anderen Kindern hinzugebracht worden, und habe sich mit einem Gleichaltrigen verbrüdet. Etwa zehnjährig hätten sie sich gelöst aus jenem Zusammenhang und die Großstadt Kumasi zu ihrem Zuhause gemacht. Die geordnete Erwachsenenwelt sei ihnen zu einer Art Selbstbedienungsladen geworden, das Traumbild von Europa im TV und anderen Bildreportagen auf sie zugekommen. Und so hätten sie sich ungefähr vierzehnjährig auf den Weg gemacht. In der Summe sei daraus ein zehn Jahre andauernder Fußmarsch geworden, manchmal tagsüber im Laufschrift auf der Flucht vor Behörden, natürlich unterbrochen durch Gelegenheitsarbeiten, und wenn es mal klappte, schonmal unter der Plane eines Trucks, immer auch gestört durch Züchtigungen und Gefängnisstrafen. Als Erstes ging es über die Grenze nach Burkina Faso, ganz leicht hinter den Wachposten hindurch. Aber bereits am Übergang nach Mali blieben sie stecken. Also ging es zurück über Kantchari Richtung Niamey. Es folgte die erste Wüstenquerung durch Niger Richtung Algerien, wo hinein sie allerdings nur für ein paar Tage gelangten, um sich danach schwer angeschlagen wieder in Niger vorzufinden. Dann ab, Richtung Libyen, immer außerhalb jedweder offiziellen oder zivilen Ordnung, aber auch dort unmöglich durchzukommen. Dann über Tschad, der westlichen Grenze Sudans entlang, quer durch Ägypten bis endlich der ersehnte Durchschlupf nach Libyen gefunden war. Da erkrankte bei einem unglücklichen Manöver sein Schicksalsbruder. Jetzt nur noch voran, und mit einem Satz sei er auf ein nach Sizilien ablegendes voll besetztes Schiff gesprungen. Nach der Überfahrt als blinder Passagier auf einem Flüchtlingsboot in Europa angekommen. Er war jetzt Zwanzig. Es folgten die schlimmsten anderthalb Jahre der Reise, weil er aus Angst vor angedrohter Rückführung unter die Gewalt illegaler Banden geraten, zu Sklavenarbeit gezwungen worden sei. Damals sei aus seinem Status als Immigrant, derjenige eines Flüchtlings geworden. Mit Glück sei ihm als erstes gelungen, in die Schweiz abzuhausen, wo man ihn im Krankenhaus einer lebensrettenden Operation unterzogen habe, allerdings mit darauf folgender Ausweisung. Das ihm zugestandene Taschengeld habe ihn schließlich per Bahn nach Duisburg gebracht, wo dank einer Reihe peinlicher, freundlicher, brutaler und hilfreicher Zwischenfälle ein ordentliches Asylverfahren eingeleitet werden konnte und er dank der Fürsorge auf menschlichem Niveau habe haushalten können. Nach einigen Monaten sei er plötzlich anderswo einer Gruppierung von Landsleuten zugeordnet worden, mit denen er dann per Bus zum Flughafen gefahren worden

sei, wo in panischer Hektik er sich in der Toilette habe erhängen wollen, jedoch vom Wachpersonal entdeckt und reanimiert wurde. Das folgende Jahr in der Psychiatrie sei der erste Ort in seinem Leben gewesen, wo ihm ermöglicht wurde, ein geordnetes, sich zugewandtes Leben zu erfahren. Unterstützt durch ein medizinisches Gutachten habe er danach einen Aufenthaltsstatus erhalten, der mit dem Begriff Duldung umschrieben sei. Also zurück in den Campus der Asyl beantragenden Immigranten. Aber mittlerweile würde er unter einer Art Verfolgungswahn leiden, sich ständig beobachtet fühlen, sich unsichtbar machen wollen, die Anschreiben von der Verwaltung nicht mehr zu öffnen vermögen, den Namen am Briefkasten unkenntlich machen müssen und die Klingel mit falschem Namen beschriften. Allein eine fantastisch sich engagierende Sozialarbeiterin konnte in diesem Zustand ihm die Post noch unter der Tür durchschieben, damit er das Wichtigste besorge, und wenn er in der Dämmerung sich raus getraue, dabei einen Uniformierten erblicke, so verstecke er sich im nächsten Hauseingang. Denn die Rückkehr nach Ghana, seinem sicheren Herkunftsland, das würde er, wie er meint, nicht überleben.

Wir alle wollen doch helfen, und zwar weder selbstgenügsam noch zur bloßen eigenen Entlastung. Also ab zu einer der schlecht beleumundeten Containersiedlungen zur Erstaufnahme von um Asyl bittenden Ausländern. Abgewiesen schon an der Pforte, dann auf einen ominösen Runden Tisch hingewiesen, dort auf eine beinahe trotzig Passivität der in die Siedlungen eingewiesenen Ankömmlinge hingewiesen, dazu die herrschende babylonische Sprachverwirrung, die mit vier Betten pro Container gravierende Überbelegung der Wohnräume, und rundherum ein wie tot und zertrampelt daliegenes Wohnumfeld ohne Pflege und Orientierung ... so war es absolut naheliegend, zusammen mit der wie gelähmt auf irgend eine Akzeptanz wartenden Bewohnerschaft als erstes einen das soziale Gebilde zusammenfügenden Dorfplatz zu bauen. Für uns (zwei Landschaftsplaner, eine Psychotherapeutin und einen Soziologen, alle im Rentneralter) bedeutete dies, unter den restlichen sechs Bäumen des zum abgerissenen Verwaltungsgebäude eines vor Jahrzehnten aufgegebenen Industriebetriebs führenden Restbestands einer Allee, einen mächtigen Tisch mit zwei Bänken für mindestens zwanzig Personen und unmittelbar dabei ein überdachtes Informationszentrum mit Stadtplan und Veranstaltungshinweisen zu bauen (bewusst kostenfrei, also nicht bewilligungspflichtig, mit beim Gerüstbau bereits abgewirtschafteten Bohlen). Die Gerätschaften wie Schippe, Hacke, Säge, Bohrer, Maßstab, Stift und Winkel, Pausenkaffee und lecker Kuchen wurde aus unseren Hobbykellern mitgebracht, Entwurfs- und Kon



struktionszeichnungen über das Gelände verteilt ausgehängt. So standen wir zum angekündigten Zeitpunkt recht gehemmt und isoliert herum, begannen als ältere Herrschaften (zwei Frauen und zwei Männer) das Material auszulegen, abzumessen und zu sägen. Aber es verging keine lange Zeit, bis uns von kräftigen jungen Männern die Säge aus der Hand genommen wurde, ein wildes Erklären, konstruktives Beraten, Korrigieren von Verschnitten und Zusammensetzen von Werkstücken in Gang kam, und tatsächlich schon nach den ersten drei Stunden die erste riesige Sitzbank derart sicher und breit auf ihren sechs Beinen stand, dass daran eine erste Kaffeerunde abgefeiert werden konnte. So ging es über die sechs Sommermonate weiter, wöchentlich zwischen 15 und 18 Uhr, ein stabiler, wetterfest gestrichener Tisch und zwei Bänke als zentraler Ruhepol, daneben ein raffiniert mit schmalen Brettern ausgestalteter Unterstand mit Stadtplan und Informationstafel. Die Beratungsstunden der Sozialarbeiter wurden auf denselben Zeitpunkt verlegt, da bei der Arbeit die Stimmung innerhalb der Bewohnerschaft entspannter, kooperativer und eben weit weniger fordernd sei, und zudem die Bewohner in dieser Situation wie selbstverständlich untereinander Übersetzungshilfen anbieten würden. Auch die zunächst skeptischen Hausmeister mischten sich ein, sorgten mit fürs Erreichte. Und als wir zum Ende des Sommers größere Erdarbeiten angingen, um die schmalen Wege vor den Containern terrassenförmig auszuweiten, war es bereits eine beachtliche Bande, die mit Pickel und Schippe und Schubkarre sich auf dem Terrain tummelte. Dann kam der Herbst, der erste Sturm riss die Plane über dem Tisch aus der Verankerung, und nach einer gelungenen kleinen Einweihungsfeier des Dorfplatzes wurde es ungemütlich im Freien. Mittlerweile hatten wir Fördermittel beantragt, sodass mehrere Bunde gehobelte Dachlatten, einige Pfosten und auch Bretter auf Vorrat eingekauft werden konnten, womit wir alle uns daran machten, in einem nur wenig genutzten Teil eines Backsteinschuppens einen wintersicheren Aufenthaltsraum auszubauen. Im Design so, wie wir Deutschen uns arabische Gemütlichkeit vorstellen, auf zwei Seiten zimmerbreite Regale als Raumteiler, zwei Sofas mit hoher Lehne, tiefer Sitzhöhe und mit Zierstoffen überzogenen Kissen und Matratzen, die unter Anleitung eines Bewohners, einem Schneider, zusammengenäht wurden. Dazu noch ein niedriger, ein Quadratmeter großer Tisch und zwei passgenaue Sessel ... und schon fühlten wir uns von den Einwanderern eingeladen zu ihnen. Ja, es ging in den ganzen Unternehmungen primär um die gute Stimmung. Die Umgangssprache formulierte sich im Tun. Und doch, es wird jetzt höchste Zeit, dass der Frühling kommt, um wieder ins Blickfeld der ganzen 160 Bewohner und der lokalen Öffentlichkeit zu rücken, bald wieder vom Dorfplatz aus sie heran winken zu können.

Dort die Hoffnungslosigkeit von Abschiebung – hier die Hilflosigkeit der Willkommensgesten. Dazwischen die riesige Leere einer im Sicherheitswahn erstickten Bevölkerungspolitik. In jener verzehrenden Weite von Heimstattlosigkeit findet gegenwärtig die Verteidigungsschlacht um Menschlichkeit statt. Im Übergangsraum von Panikmache zu Hoffnungspflege (man denke an das Kirchenasyl) kämpft eine im Menschenrecht begründete Massenbewegung gegen die Willkür mörderischer Privilegien.

Robert Bosshard, Jg. 1939, seit 50 Jahren Gast im Ruhrgebiet. Text, Fotos und nebenstehende Typen.

Angelika Schlösser

Ankommen in Hattingen

Seit etwa einem Jahr gibt es in Hattingen jeden Mittwoch seinen Ort, an dem sich (ausschließlich) Frauen treffen. Entstanden aus einer Therapiegruppe mit geflüchteten Frauen bei der Medizinischen Flüchtlingshilfe bildete sich eine Initiativgruppe aus ungefähr 15 Frauen, davon mehrere Migrantinnen aus verschiedenen Ländern, die das Internationale Frauencafe verantworten. Jede Frau kann kommen und das tun, was ihr gut tut: Kaffee oder Tee trinken, ein bisschen Deutsch sprechen oder auch nach Hilfe bei Hausaufgaben fragen, Kuchen oder Obst essen, Kontakt zu anderen Frauen aufnehmen (z.B. kennen sich keineswegs alle Flüchtlinge aus einem Land in dieser kleinen Stadt), professionellen Rat bekommen (Hebamme, AWO-Förderung und Frauenberatung EN arbeiten mit im Cafe), Hilfe in praktischen Dingen verabreden wie Behörde, Arbeit, Wohnung, Krankheit, Kindergarten; Feste feiern und, wenn es das Budget zulässt, auch Ausflüge machen, gern tanzen und manchmal auch singen. Gekocht und gestrickt wurde auch schon. Und Freundschaften untereinander wurden geschlossen, keineswegs nur nach Herkunftsland. Es gibt viele Informationen zum deutschen Leben – von der Emanzipation bis Weihnachten. Gerade ist eine erst vor kurzem geflüchtete Frau zur Organisationsgruppe gestoßen und wir hoffen, dass ihr noch mehr folgen werden.

Wir alle stecken in einem Prozess, über den wir manchmal lachen können und manchmal weinen müssen. Jeden Mittwoch erfahren alle Beteiligten, wie der schöne Begriff „Integration“ real wird oder eben auch nicht. Dass es unter den eines Rechtsstaates unwürdigen Ausländergesetzen extrem viele Hemmnisse gibt und keine Gerechtigkeit. Dass andererseits viel Gutes passiert durch viele Personen und dass der Ort des Internationalen Frauencafés, unser „Zentrum für bürgerschaftliches Engagement“ (eine schöne alte ehemalige Schule), einfach durch Anwesenheit vieler Gruppen viele Kontakte schafft – darin sind wir alle einbezogen. Und so setzen wir alle zusammen dem Globalisierungsprozess ein Verbundenheitsgefühl mit unserer Stadt und ihren Bewohnern entgegen, gerade weil wir jetzt besser verstehen, wie es ist, wenn man das nicht mehr hat.

Angelika Schlösser stammt aus dem Frankfurt der 60er Jahre, Studium der Psychologie. Geprägt in der Rheinischen Sozialpsychiatrie der 70er Jahre mit ihren Kontext- u. Basis-Bezügen. Psychoanalytische Ausbildung während der Kinderphase der zwei Söhne. Aktiv in Frauen-, Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, in der §218 Kampagne. In Hattingen schon lange niedergelassene Psychoanalytikerin mit Patienten aus vielen Ländern.



Markus Wissen, Ulrich Brand

Die autoritäre Stabilisierung eines Wohlstandsmodells

Zum Zusammenhang zwischen imperialer Lebensweise, Flucht und dem Aufstieg der Rechten

Eine der ersten Amtshandlungen von Donald Trump als US-Präsident bestand darin, den BürgerInnen aus sieben muslimischen Ländern die Einreise in die USA zu verbieten. Als Begründung für das Dekret, das er zu diesem Zweck erließ, nannte Trump den Schutz der inneren Sicherheit. Das hat zumindest vorerst nicht ausgereicht. Ein Gericht erklärte das Dekret für illegal und hob es auf. Es ist allerdings zu befürchten, dass Trump sich damit nicht abfinden wird. Stattdessen dürfte er alles daran setzen, Menschen (nicht nur) aus muslimischen Ländern daran zu hindern, in die USA zu gelangen, und MigrantInnen, die sich bereits dort befinden, das Leben so schwer wie möglich zu machen. Und wenn die Gewaltenteilung ihn daran hindert, dann muss sie eben entsprechend zurechtgestutzt werden.

Trump ist kein Einzelfall, sondern der Exponent eines autoritären Populismus, wie er in Europa von Marie Le Pen, Geert Wilders, Viktor Orbán, Jaroslaw Kaczyński, Heinz-Christian Strache oder Frauke Petry vertreten wird. Die meisten dieser Leute sind Teil der politischen und gesellschaftlichen Elite ihres jeweiligen Landes. Nichtsdestotrotz verdanken sie ihren Bedeutungsgewinn der Mobilisierung der Mittel- und Unterschichten, und zwar in einer Situation der zunehmenden sozialen Polarisierung. Aus reaktionärer Politisierung schlagen sie in einem doppelten Sinn Kapital: zum einen materiell – die Vermögen, die Trump und seine ministerialen Mitstreiter angehäuft haben, dürften auch einer Jahrzehnte währenden Politik der Umverteilung von unten nach oben in den USA geschuldet sein; zum anderen politisch – die seit Jahrzehnten von einem mehr oder weniger formalisierten Bündnis aus Demokraten und Republikanern, Sozial- und Christdemokraten, Sozialisten und Konservativen betriebene und als alternativlos verkaufte neoliberale Politik hat nicht nur die politischen und sozialen Interessen vieler Menschen missachtet, sondern auch ihren Glauben an die Möglichkeit von Politik, verstanden als das Ringen um gesellschaftliche Alternativen, nachhaltig erschüttert.

Die Rechte als anti-elitäre Elite

In dieser Situation inszeniert sich die Rechte als eine Elite, die der Stimme „des Volkes“ unmittelbar Ausdruck verleiht und ihr gegen die „politische Klasse“ Gehör verschafft. Obwohl selbst Teil einer *sozialen* Klasse, die sich schamlos auf Kosten der Allgemeinheit bereichert, versteht sie es, sich von den *politischen* RepräsentantInnen dieser Klasse zu distanzieren. Sie macht sich dabei vor allem die Krise der Sozialdemokratie und des Linksliberalismus zunutze. Angefangen bei den US-Demokratien, über die französischen Sozialisten bis hin zur deutschen SPD haben die ehemaligen FürsprecherInnen der „kleinen Leute“ diese ihre Klientel gründlich verprellt. Jahrelang haben sie ihr zu vermitteln versucht, dass die Konkurrenz aller gegen alle und der Abbau sozialer und politischer Rechte der normale Gang der Dinge seien, zu dem es folglich keine Alternative gibt.

Die Rechte setzt an dieser (nicht zuletzt) sozialdemokratisch normalisierten Alternativlosigkeit an. Sie politisiert die soziale Missachtung und die politische Schließung liberaldemokratischer Institutionen, indem sie die liberale Demokratie selbst zu demontieren versucht. Dies tut sie auf eine reaktionäre Weise: Sie stellt die gesellschaftlichen Verhältnisse, die der Krise zugrunde liegen, gerade nicht in Frage, sondern versucht, sie exklusiv zu stabilisieren. Dabei knüpft sie an rassistische Dispositionen an, wie sie im Alltagsverstand vieler Menschen fest verankert sind, und verbindet diese mit den Erfahrungen sozialer Missachtung zu einer politisch wirksamen Erzählung: Es sind die Geflüchteten, die unser Wohlstandsmodell bedrohen. Und es ist eine korrupte Politik, die die Geflüchteten unterstützt, während sie dem sozialen Abstieg der einheimischen Mittel- und Unterschichten tatenlos zuschaut oder ihn gar aktiv betreibt.

Dass die Rechte die „politische Klasse“ und die Geflüchteten häufig im selben Atemzug nennt und als die Feindbilder identifiziert, auf die sie den Volkszorn zu lenken versucht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei der rechten Erzählung und der aus ihr resultierenden Politik letztlich um eine radikalisierte Variante dessen handelt, was auch von den „bürgerlichen“ und sozialdemokratischen Kräften betrieben wird (siehe etwa das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei). Beiden gesellschaftlichen Kräften – der

„Es kommt nicht darauf an, den Menschen der dritten Welt mehr zu geben sondern Ihnen weniger zu stehlen.“(Jean Ziegler)

rechten und der bürgerlich-sozialdemokratischen – geht es im Kern darum, die Krisen, deren Häufung wir in jüngerer Zeit erleben, auf eine ausgrenzende Art und Weise zu bearbeiten. Vor allem soll das vorherrschende Wohlstandsmodell gegen die Teilhabeansprüche derjenigen verteidigt werden, die bislang vor allem seine Kosten zu tragen hatten.

Die imperiale Lebensweise

Wir bezeichnen dieses Modell als *imperiale Lebensweise*. Damit meinen wir die im globalen Norden und in Teilen des globalen Südens vorherrschenden Formen des Produzierens und Konsumierens, und zwar insofern diese auf nicht verallgemeinerbaren Voraussetzungen beruhen. Die imperiale Lebensweise setzt einen überproportionalen Zugriff auf Arbeitskraft und Natur in einem globalen Maßstab voraus, der durch Handelsabkommen, politischen Druck oder auch militärische Gewalt abgesichert wird. In vielen Teilen der Welt verschärft sie Krisenphänomene wie den Klimawandel, die Vernichtung von Ökosystemen, die soziale Polarisierung, die Verarmung vieler Menschen oder die Zerstörung lokaler Ökonomien. Mehr noch: Sie bringt diese Krisenphänomene wesentlich mit hervor. Gleichzeitig trägt sie dort, wo sich ihr Nutzen konzentriert, zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei. So wäre es ohne die auf Kosten von Mensch

und Natur andernorts hergestellten und eben deshalb billigen Lebensmittel womöglich weitaus schwieriger gewesen, die Reproduktion der unteren Gesellschaftsschichten des globalen Nordens auch angesichts der tiefen Wirtschaftskrise seit 2007 zu gewährleisten.

Allerdings ist die imperiale Lebensweise auch im globalen Norden keineswegs sozial neutral. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs und die Emissionsintensität sind vielmehr eine Frage der Klassenzugehörigkeit und des Einkommens. Wohlhabende WählerInnen der Grünen fliegen häufiger als die EmpfängerInnen von Mindestlohn. Sie fahren energieeffiziente Autos, die aber aufgrund ihrer schieren Größe mehr Schadstoffe emittieren als der gebraucht gekaufte Kleinwagen einer Aldi-Kassiererin. Dazu kommt, dass soziale Ungleichheit nicht nur für sich genommen ein Übel darstellt, sondern auch den ökologischen Fußabdruck einer Gesellschaft vergrößert. In ungleichen Gesellschaften ist die Statuskonkurrenz besonders ausgeprägt. Ausgetragen wird sie über den Konsum von Gütern primär um ihrer Symbolik willen: Das alte Smartphone wird entsorgt oder in der Vitrine geparkt, sobald das Nachfolgemodell auf dem Markt ist, obwohl dieses gegenüber seinem noch voll funktionsfähigen Vorgänger kaum einen Zusatznutzen aufweist. Ähnlich verhält es sich mit der Mode. In puncto Gebrauchswert halten die meisten Kleidungsstücke jahrelang. Symbolisch sind sie jedoch veraltet, sobald die neue Kollektion die Schaufenster ziert. Sich jeweils mit letzterer einzukleiden, steigert das Prestige, hält Emporkömmlinge auf Distanz – und ist ebenso ressourcenintensiv, wie es auf der Ausbeutung von Näherinnen in Bangladesch beruht.

Wenn wir von der imperialen Lebensweise sprechen, meinen wir daher nicht, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass sie sich an geteilten Vorstellungen von gutem Leben und gesellschaftlicher Entwicklung orientieren. Die hierarchisierenden Anteile der Lebensweise stehen in permanenter Spannung zu den integrierenden Aspekten: Die imperiale Lebensweise basiert auf sozialer Ungleichheit und reproduziert diese. Gleichzeitig ermöglicht sie es, soziale Ungleichheit zu bearbeiten. Sie stabilisiert sozial ungleiche Gesellschaften insofern und so lange, als der Reichtum der oberen Klassen den Subalternen als ein zumindest in Ansätzen einlösbares Glücksversprechen erscheint.

Ausgrenzung und autoritäre Stabilisierung

Eben letzteres ist jedoch in jüngerer Zeit zunehmend fragwürdig geworden. Drei Jahrzehnte neoliberaler Politik haben die Polarisierung von arm und reich im innergesellschaftlichen wie im internationalen Maßstab verschärft. Dass es sich dabei um eine alternativlose Befreiung des Kapitalismus von seinen sozialen Fesseln handelt, die langfristig allen zugutekommt, wird von eingefleischten Neoliberalen zwar nach wie vor behauptet. Nur glaubt ihnen das keiner mehr.

Viele Menschen des globalen Südens sind nicht länger bereit, nur die Kosten der Lebensweise des globalen Nordens zu tragen. Sie nehmen große Gefahren auf sich, um der Perspektivlosigkeit bzw. noch größeren Gefahren zu entkommen und ihre Vorstellungen von einem guten Leben zu verwirklichen. Obwohl nur ein kleiner Teil von ihnen tatsächlich die Grenzen

zum globalen Norden erreicht, konzentrieren die hiesigen Regierenden alle ihre Bemühungen darauf, sie am Überschreiten derselben zu hindern – und stärken damit genau das, was sie als ihren Widerpart begreifen: autoritäre, rassistische und nationalistische Bestrebungen. Dass die Rechten derzeit überall erstarken, liegt auch daran, dass sie sich in der Krise als die eigentlichen, weil konsequenteren Garanten jener Exklusivität inszenieren können, die im Normalbetrieb der imperialen Lebensweise immer schon angelegt ist.

Den Aufstieg der Rechten aufzuhalten und mit den Geflüchteten solidarisch zu sein, beinhaltet deshalb auch, die imperiale Lebensweise zu kritisieren und zugunsten solidarischer Formen des Zusammenlebens zurückzudrängen. Es geht darum, die sozial-ökologischen Zerstörungen, die die vorherrschenden und als attraktiv empfundenen Formen der Ernährung, der Kommunikation, der Mobilität oder des Sich-Kleidens verursachen, sichtbar zu machen und zu bekämpfen, anstatt sich gegenüber denjenigen abzuschotten, die diesen Zerstörungen zu entkommen versuchen.

*Ulrich Brand und Markus Wissen lehren und forschen an der Universität Wien bzw. der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR). Im März erscheint ihr Buch *Imperiale Lebensweise*: s. Lesetipp*

zum Weiterlesen

Ulrich Brand, Markus Wissen

Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus
oekom verlag, München 2017, 224 S., Paperback,
ISBN 978-3-86581-843-0, auch als E-Book erhältlich
Erscheinungstermin: 20.03.2017

Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Konto: AMOS

IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Recklinghausen | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Robina Cronauer und Wolf-Dieter Just

Schlussredaktion:

Ute Hüttmann (Textbearbeitung)
Axel Lippek (Layout)

Titelbild: Manfred Walz

AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Realisation:

Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl

Einzelpreis: 5,00 €

Abo-Preis: 20,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Ingrid Just

Ein Mensch – eine Ware?

Wer bin ich? Ich wurde verkauft. Im Deutschunterricht habe ich gelernt: was man kaufen kann, nennt man „Ware“. Bin ich eine Ware? Ich bin zerrissen. Ich bin schreckhaft, kann mein Zittern nicht kontrollieren – manchmal denke ich: ich kann überhaupt nichts kontrollieren – so wie eine Ware. Warum das so ist?

Ich komme aus einem Dorf in Albanien. Dort ging ich zur Schule. Es war kurz vor meinem Schulabschluss. Ich war 14 Jahre alt. Da geschah das, was alles veränderte.

Meine Mutter wurde krank, von Tag zu Tag konnte sie sich weniger bewegen, die Beine wurden starr und gefühllos. Hilfe? Ja, es gab Ärzte und Heilangebote – aber die waren teuer. So viel Geld hatte meine Familie nicht.

Da kam unser Nachbar und erzählte von einem Mann, der ein junges Mädchen suche – als Besitz, ganz für sich alleine. Der wolle auch zahlen, viel sogar. Er sei reich.

Mein Vater traf diesen Mann. Sie einigten sich – und ich wurde an den Mann verkauft – für eine gute Summe, so ungefähr wie 10 000 €. Ich – eine Ware. Eine Ware fragt man nicht.

Ich kam an einen fremden Ort, in ein großes Haus. Da wohnte die ganze Familie des Mannes: seine Eltern, seine verheirateten Geschwister – 12 Personen.

Man sprach nicht mit mir. Ich musste putzen, kochen, putzen, putzen – schweigen.

Nachts musste ich lernen – lernen, was ein Mann mit einer Frau im Bett macht.

Dazu kamen Frauen ins Bett meines Besitzers, und was sie taten, sollte ich lernen.

Ich lag auf einer Decke vor dem Bett. Und dann – nach kurzer Zeit war ich „dran“.

Kinder wollte der Mann nicht, da hat er irgendwie aufpasst.

Das Haus durfte ich nicht verlassen. Meine Eltern traf ich nicht. Mein Handy wurde kontrolliert, aber ich hörte, dass es meiner Mutter viel besser ging. Mein Preis hatte gestimmt. Aber ich war gefangen: 4 lange Jahre.

Und dann endlich: es war ein großer Feiertag in Albanien. Der Mann und die ganze Familie gingen auf ein Fest. Ich war allein. Ich rief meinen Onkel an. Und das Wunder geschah! Er kam im Auto – und ich konnte aus einem der Fenster zu ihm steigen. Mein Onkel nahm mich mit nach Tirana und versteckte mich 3 Monate lang. Ich traf meine Eltern. Sie waren voller Angst: Immer wieder war der Mann zu ihnen gekommen, drohte ihnen. Er suchte mich, er wollte seine Ware zurückhaben.

Mein Onkel half wieder. Wir flohen mit seiner Unterstützung über die Grenze Albaniens. Und wir kamen auf vielen Umwegen nach Deutschland. Aber hier bleiben durften meine Eltern nicht.

Wir mussten Leuten in einem großen Büro – man nennt das BAMF – von unserem Schicksal erzählen: sie wollten wissen, warum wir unser Land verlassen hatten.

Für meine Eltern war diese Befragung ohne Erfolg. Vor

einem halben Jahr sind sie nach Albanien zurückgekehrt. Nun leben sie an einem ganz anderen Ort als früher und haben Angst, dass der Mann sie auch dort findet.

Ich musste ein zweites Mal in das Büro kommen und einer Frau und einer Dolmetscherin von meiner schrecklichen Zeit bei dem Mann und seiner Familie berichten.

Ob ich in Deutschland bleiben darf, weiß ich noch nicht. Ich warte auf einen Brief. Dann sagt man es mir. Ich bin wieder ohne Einfluss, nur ein Objekt – so etwas wie eine Ware ...

Aber ich gehe in die Schule: ins Berufskolleg. Ich will einen Schulabschluss machen.

Eines Tages will ich selber handeln können – will selber entscheiden, will meinen Weg ohne schreckhaftes Zittern gehen können!! Wann das ist? Ich weiß es nicht ...

Nach einem intensiven Gespräch aufgezeichnet von Ingrid Just, seit 1985 Vorsitzende des Mülheimer Flüchtlingsrates e.V., gibt Integrationskurse an der VHS Duisburg. – Anfang März kam der Entscheid vom Bundesamt. Es hat alle Asylgründe und Abschiebungshindernisse der jungen Frau abgelehnt. Sie soll in der nächsten Woche abgeschoben werden.



Dies Plakat hing kurz nach der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA in Recklinghausen an dem Kunstladen von Axel Schuch am Kirchplatz, siehe nebenstehendes Foto. Es wurde erstellt von Daniel Stemmrich aus Essen. Wir bedanken uns für die Abdruckgenehmigung. Leider erfüllt Trump viele Voraussetzungen, dass dieses Plakat zu recht an unselige Zeiten in Deutschland erinnert. Wir sehen mit Erleichterung die große Protestwelle, die sich quer durch die USA fortsetzt.



Hans-Joachim Schwabe

Der Geiz der reichen Westlichen Welt schafft weitere Gründe für die Flucht nach Europa

In 2016 haben die Flüchtlingszahlen weltweit von 59,5 Mio. auf 65 Mio. wieder deutlich zugenommen.

In Deutschland spüren wir aufgrund des massiven Ausbaus der Festung Europa, den Türkei-EU-Deal, den die Bundeskanzlerin eingefädelt hat und der gravierend die auch von Deutschland ratifizierte Genfer Flüchtlingskonvention verletzt, und den umfangreicheren Grenzkontrollen davon nichts. Es ist inzwischen zu einem Tabubruch massivster Art gekommen. Die deutsche Politik scheut sich nicht mehr unter Missachtung unseres Grundgesetzes und der Europäischen Menschenrechtskonvention brutal Flüchtlinge abzuwehren.

Deshalb wird gegenüber dem Vorjahr, in dem 1,1 Mio. Flüchtlinge nach Europa gekommen sind, dieses Jahr nur mit 350.000 Flüchtlingen gerechnet, obwohl die Lage in Griechenland und den Balkanstaaten genauso katastrophal wie im Sommer 2015 ist.

Von den 65 Mio. Flüchtlingen flüchten etwa nur gut 20 Mio. ins Ausland, die anderen suchen sich einen Fluchttort in ihrem Heimatland. Die weitaus meisten der 20 Mio. begeben sich in die unmittelbaren Nachbarländer. Das geschieht zum einen, weil sie 1. hoffen bald in ihr Land zurückzukehren, 2. sie sich dort meist im gleichen kulturellen Umfeld bewegen, 3. sich sehr häufig Familienangehörige noch in ihrem Heimatland befinden, 4. weil die Kosten für die Flucht erheblich niedriger sind als wenn sie sich außerhalb ihres Kontinents bewegen. Diese Länder verlassen sie zumeist nur, wenn ihnen unmittelbar Verfolgung oder Elend droht.

Seit mehr als 30 Jahren versprechen uns die deutschen Politiker, dass die Fluchtursachen bekämpft werden müssen, was aber nie auch nur annähernd in die Realität umgesetzt wurde. Hierzu in diesem Heft sehr viel mehr Ausführlicheres.

Die Finanzierung der Flüchtlingsarbeit wird zu einem Teil durch die Nachbarschaftsländer und den UNHCR finanziert. Der UNHCR finanziert sich aus Zuwendungen der Länder. Deutschland und die anderen westlichen Länder pflegen dabei vornehme Zurückhaltung. Die Finanzen des UNHCR reichen seit Jahren nicht aus, um Flüchtlinge zumindest notdürftig zu verpflegen, ganz zu schweigen von Bildungsprogrammen insbesondere für Kinder. Durch dieses von Geiz beherrschte Verhalten der Westlichen Welt schaffen wir einen weiteren Fluchtgrund, der dann zwangsläufig in Europa endet. 80% der syrischen Flüchtlinge, die 2015 nach Europa gekommen sind, davon kamen die meisten nach Deutschland, sind aus den Nachbarländern aufgebrochen, weil ein Überleben aus Nahrungsmittelmangel kaum möglich war. Die Hauptursache war, dass der UNHCR die monatliche Lebensmittelration von 27 USD pro Person auf 13 USD runterfahren musste. Auch die Bundesrepublik Deutschland zahlte in 2015 nur 304,5 Mio. Euro für den UNHCR und das World Food Programm (WFP) zusammen.

Das Budget des UNHCR stieg aufgrund der gestiegenen

Flüchtlingszahlen von 4,256 Mrd. USD 2012 stetig bis auf 7,373 Mrd USD 2016; die an den UNHCR gezahlten Gelder betrugen 2012 und 2013 rund 55% des benötigten Budgets, nahmen dann prozentual ab, was dazu führte, dass 2015 nur 45% gezahlt wurden. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre werden von der zugesagten Summe im Schnitt auch noch nur maximal 90% ausgezahlt.

Das war 2015 keineswegs eine neue Situation. Bereits 2014 musste die UNO die Nahrungsmittelversorgung der Flüchtlinge um 1/3 kürzen und zeitweise ganz einstellen. Die Bundesregierung wurde mehrmals gebeten, mehr finanzielle Mittel bereitzustellen. Die Kanzlerin reagierte aber erst im Frühsommer 2015, als immer mehr syrische Flüchtlinge nach Europa kamen. Die Versorgung im Libanon oder Jordanien hätte in etwa nur 1/8 der Kosten gegenüber einer Versorgung in Deutschland verursacht.

In der Geberkonferenz im März 2016 wurden für das Budget des UNHCR 8,4 Mrd. Euro veranschlagt, aber nur 3,8 Mrd. wurden zugesagt. Sieben Monate später fehlen immer noch 675 Mio. Euro, wobei es weitere Zusagen in Milliardenhöhe gegeben hatte. Die Bundesrepublik sagte 2,3 Mrd. Euro zu, was von ihr dann auf 1,2 Mrd. Euro reduziert wurde. Der Rest soll in den Jahren 2017 und 2018 fließen.

Besonders skandalös ist die mangelnde Unterstützung des World Food Programms. Aus der EU sind die Niederlande das einzige Land, das 2014 und 2015 seinen Verpflichtungen voll nachgekommen ist und nicht drastische Kürzungen vorgenommen hat. Ungarn, Polen, Kroatien und Rumänien haben 2014 und 2015 keinen Cent gezahlt, Österreich die Unterstützung auf 0 Cent und Deutschland von 301 Mio. Euro auf 143 Mio. Euro zurückgefahren.

Unser globales Wirtschaften, unser enormer Waffenexport, unsere verfehlte Außenpolitik haben dazu geführt, dass viele Menschen fliehen müssen. Seit 30 Jahren hören wir gebetsmühlenartig von den Politikern, dass die Fluchtursachen bekämpft werden müssen. Bisher entwickelt es sich jedoch ganz in die andere Richtung.

Wegen der mangelnden Finanzmittel, die die reichen Länder nicht bereit sind zur Verfügung zu stellen, werden die Flüchtlinge auch von unserer Regierung regelrecht nach Europa getrieben. Dann müssten wir auch die Konsequenzen ziehen, und sie bei uns aufnehmen, wozu unsere Politiker aber nicht bereit sind. Deutschland fördert damit kriminelle Schlepperorganisationen, akzeptiert, dass die Menschenrechte massivst verletzt werden und nimmt es hin, dass immer mehr Menschen in den Stacheldrähten verbluten oder im Mittelmeer ertrinken.

Hans-Joachim Schwabe, lebt in Schwalmtal, Bankdirektor i.R., mehr als 30 Jahre in der Flüchtlingsarbeit, Sprecher des AK Asyl Kreis Schwalmtal und im Vorstand des Flüchtlingsrates Kreis Heinsberg. In der Ev. Kirche im Rheinland vielfältig engagiert: u.a. Ansprechpartner für das BAMF in Kirchenasylfragen, stellv. Mitglied der Kirchenleitung

Heiko Koch

Bilder der Migration in der Karikatur

Vor fünf Jahren schrieb ich während meines Studiums der Sozialen Arbeit eine Hausarbeit in dem ich die bundes-deutschen Karikaturen der 90er Jahre zur Zeit der Pogrome von Rostock und Hoyerswerda mit den us-amerikanischen Karikaturen aus der Zeit von 1880 – 1920 verglich.

Frappant waren die Ähnlichkeiten in Inhalt und den Motiven, die diese Zeichnungen aufwiesen. 130 Jahre alte Karikaturen nutzten die gleichen Argumente und Metaphern, ähnlich negative Zuweisungen und Vorurteile zur Abschottung, wie sie auch heute genutzt werden. Verstörend war bei den negativ konnotierten Karikaturen der Umstand, dass es sich bei den USA damals um eine junge Nation handelte und ihre Bevölkerung mehrheitlich aus MigrantInnen bestand, die in der eigenen und/oder der Familienbiographie reichhaltige Migrationserfahrungen besaßen.

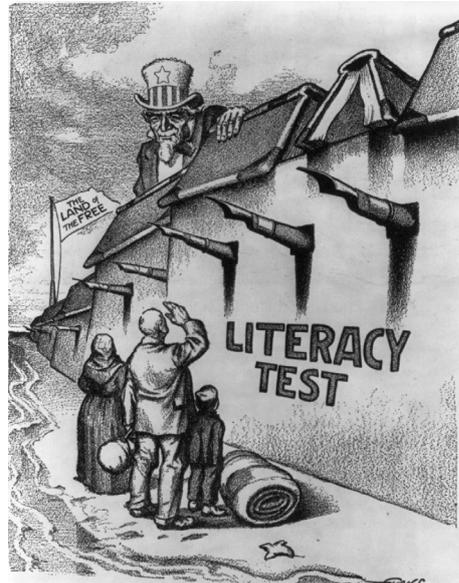
Die sozialen und politischen Umstände der Entstehung dieser Karikaturen erörterte ich ebenfalls in meiner Arbeit. Hier sind einige Karikaturen abgebildet, um auf die historischen Dimensionen eines aktuellen Themas hinzuweisen. Bei Interesse kann man die Hausarbeit über den AMOS erhalten.

Heiko Koch lebt in Bochum und schreibt zurzeit seine Masterthesis.



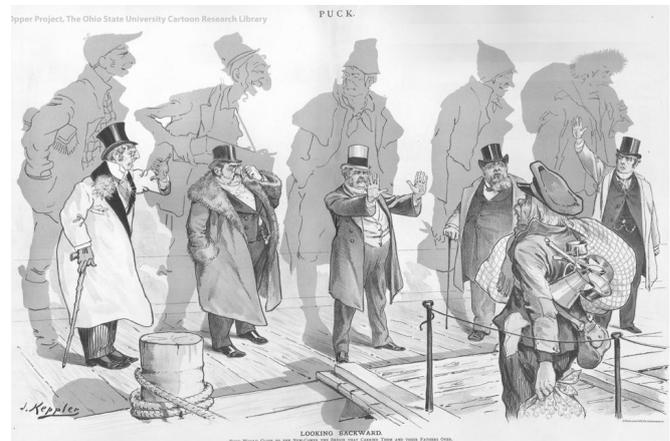
„Das Hochwasser der Immigration – eine nationale Bedrohung“ von Louis Dalrymple, aus Judge Magazine, 22.08.1903 (Q.:The Ohio State University Billy Ireland Cartoon Library & Museum) | Die Bildunterschrift: „Die Immigrationsstatistiken der letzten Jahre zeigen, dass diese Einwanderung von Fremden die Größte in unserer gesamten Geschichte ist. Und dass die hart arbeitende Bevölkerung durch Kriminelle und Gesetzesbrecher aus Europa verdrängt wird.“ – Die Karikatur bezog sich auf die ansteigende Zahl von ImmigrantInnen aus Süd- und Osteuropa. In dieser rassistischen Karikatur will sich „Uncle Sam“ vor der „Riff Raff Immigration“, der „schmutzigen“ Einwanderung von angeblich armen, degenerierten, ungebildeten und kriminellen Südeuropäern in Sicherheit bringen.

„Die Pest an unserer pazifischen und atlantischen Küste“ (vermutlich aus Joseph Keplers „Puck“, nach 1882, Zeichner: Victor) | Der Kommentar der nationalen Allegorie „Uncle Sam“ gegenüber dem europäischen und asiatischen Einwanderer: „Es wird keine unterschiedliche Behandlung geben. Ich werde euch beide rausschmeißen.“ – Bei beiden Einwanderern handelt es sich um Mitglieder der Armutsbevölkerung, die hier als Pest definiert wird. Das Gepäck des chinesischen Arbeiters enthält angeblich Opium. Das Gepäck des europäischen Mannes enthält angeblich Sozialismus und Anarchismus, sowie Armut und Krankheit. Die Forderung des chinesischen Einwanderers nach Gleichbehandlung wie der europäische Einwanderer wird eindeutig beantwortet.



„Literacy Test“ – Der amerikanische Schutzwall, wie ihn der Kongressabgeordnete Burnett bauen will. Uncle Sam: „Ihr seid willkommen, wenn ihr es hinüber schafft.“ (Raymond O. Evans, in „Puck“, 1916 (Q.: Library of Congress Prints and Photographs Division Washington) | Um möglichst „unproduktiven“ MigrantInnen die Einwanderung zu erwehren, wurden in vielerlei Hinsicht Tests nach körperlicher und geistiger Gesundheit, politischer Unverdächtigkeit und

Bildung auf der Migrationsinsel Ellis Island im Hudson River durchgeführt. Entsprachen die MigrantInnen nicht den Erwartungen der US-Administration wurden sie zwangsweise außer Landes gebracht. Diese Karikatur thematisiert Bildungsniveaus als Abwehrmauern und -bewaffnung. Diese Lese- und Schreibe-Tests wurden in den Süd-Staaten auch zum Ausschluss der schwarzen Bevölkerung zu den Wahlen genutzt.



„Locking backward“ – „In die Vergangenheit schauen“ von Joseph Keppeler, in „Puck“, 11.01.1893 (Q.: Opper Project, The Ohio State University Cartoon Research Library) | In dieser auf Egoismus und die Doppelmoral anspielenden Karikatur steht ein neu ankommender Migrant an einem Landesteg eines us-amerikanischen Hafens. Mehrere wohlhabende Männer weisen ihn zurück und wollen seine Einwanderung verhindern. Die Schatten der wohlhabenden Männer zeigen sie als arme Einwanderer wie sie vor Jahrzehnten in die USA einwanderten.

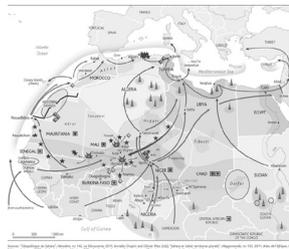


Christoph Marischka

Krieg in Mali. Deutsche Präsenz:

stark wachsend – Uranabbau schützend – Migration und Flucht verhindernd

Am 26. Januar stimmte der Bundestag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE der Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Mali zu. Nach der Aufstockung um 350 SoldatInnen und acht Hubschrauber ist die deutsche Beteiligung an der UN-Mission MINUSMA nun mit bis zu 1.000 Soldaten der aktuell größte Einsatz der Bundeswehr. Bereits vor der Abstimmung im Bundestag wurden die ersten Transporthelikopter vom Typ NH90 nach Leipzig verlegt, um gleich am Tag nach der Erteilung des Mandats von dort nach Mali transportiert zu werden. Die Transporthubschrauber sollen den Rücktransport von Verwundeten sicherstellen und somit den Aktionsradius der deutschen Truppen um das Camp Castor bei Gao im umkämpften Norden des Landes erhöhen. Folgen sollen nun noch vier Kampfhubschrauber vom Typ Tiger, die mit ihrer umfangreichen Bewaffnung dafür gedacht sind, Bodentruppen bei der Bekämpfung von Aufständischen am Boden zu unterstützen. Denn die Sicherheitslage im Norden Malis befindet sich im freien Fall: Eine gute Woche vor der Entscheidung im Bundestag wurde ein Lager der malischen Armee etwa einen Kilometer vom deutschen Camp Castor angegriffen, wobei etwa 60 Soldaten und Milizionäre umkamen und noch mehr verletzt wurden. Auch das deutsche Feldlager wurde bereits beschossen, deutsche Patrouillen bereits angesprengt und in Gefechte verwickelt. Im November musste der an Camp Castor grenzende Flughafen von Gao nach einem Anschlag für mehrere Tage gesperrt werden.



Diese aufschlussreiche Karte zu Ereignissen und Bewegungen in der „Sahel-Zone“: <http://amos-ev.de/index.php/aktuelle-texte/2-hauptseite/83-karte-von-nordafrika>

Offiziell soll die UN-Truppe MINUSMA ein Friedensabkommen umsetzen, das jedoch äußerst vage ist und nur einen Teil der bewaffneten Gruppen umfasst, die vor Ort aktiv sind und noch dazu in unterschiedlichen Zusammenhängen agieren. Sie besteht aus knapp 13.000 SoldatInnen, die in der Masse aus Bangladesch sowie den afrikanischen (Nachbar-) Staaten Senegal, Guinea, Burkina Faso, Niger, Tschad und Togo stammen, deren Aktivitäten sich wegen der überlegenen Aufklärungskapazitäten der Bundeswehr (zu denen verschiedene Drohnen, darunter u.a. die aus Israel geleaste Heron-1) wesentlich durch deren Lagekenntnisse bestimmen. De facto bemühen sie sich um die Stabilisierung jener Regionen, die zuvor von französischen Spezialkräften in Zusammenarbeit mit secessionistischen Tuareg-Milizen (beide außerhalb des UN-Mandates aktiv) freigeekämpft wurden. Dies soll laut UN-Mandat die Rückkehr der malischen Armee in den Norden ermöglichen, die jedoch von verschiedenen bewaffneten Gruppen – darunter jene, die mit Frankreich kooperieren – teils offen, teils verdeckt bekämpft wird.

Diese malischen Truppen werden zuvor von einer EU-Trainingsmission im Süden des Landes ausgebildet, an der

Deutschland wiederum mit bis zu 300 Kräften beteiligt ist. Es existieren keine belastbaren Zahlen, wie viele von ihnen bislang umkamen, aber es dürften mehr als tausend sein. Leider sind auch die Statistiken des Departement of Peacekeeping Operations der UN sehr unzuverlässig (mit Stand 31. Dezember wird etwa die deutsche Beteiligung an MINUSMA mit 251 angegeben, obwohl sich über 600 Kräfte beteiligten), die Gesamtzahl der Opfer aus der MINUSMA-Mission belief sich jedoch demnach bis Ende November 2016 auf 110. In den vergangenen Monaten hat eine neu formierte bewaffnete Gruppe in Zentralmali durch spektakuläre und nach militärischen Maßstäben erfolgreiche Angriffe auf Stützpunkte der malischen Armee von sich Reden gemacht, die nun die Nachschubwege der Truppen im Norden gefährdet, die deshalb zunehmend in den Niger verlegt werden. Doch auch im Süden, wo v.a. die frankophone Bevölkerung zunächst relativ viel Zustimmung zur internationalen Intervention zeigte, verschärft sich die Lage und die ausländischen Soldaten berichten immer häufiger von einer feindseligen Stimmung ihnen gegenüber.

Wenn selbst die „loyal“, Zeitschrift des Reservistenverbandes, unter dem Titel „im malischen Treibsand“ einen Soldaten vor Ort mit den Worten zitiert, „meinen Verwandten daheim kann ich nicht erklären, warum ich in Mali bin und was wir hier erreichen wollen“, sagt das viel. „Es sei gut, Präsenz zu zeigen“ wird der Soldat weiter zitiert. Diese Präsenz ermöglicht es immerhin, mit einer weiteren, „zivilen“ Mission der EU im Süden Malis Polizei und Gendarmerie in der Bekämpfung – aus europäischer Sicht – „illegaler“ Migration auszubilden und die während der französischen Intervention gewählte malische Regierung zur Rücknahme Abgeschobener zu zwingen. Doch die Präsenz geht weit über Mali hinaus. Unter den MINUSMA-Truppen sind auch viele Einheiten aus Niger, das sich ähnlich wie Mali aufgrund geringer Staatseinnahmen und Bevölkerungsdichte im Verhältnis zur Ausdehnung des Landes nur eine kleine Armee leisten kann. Deshalb werden auch hier die Regierung und die kritische Infrastruktur von französischen Soldaten geschützt und auch hier bauen die EU und Deutschland Grenzschutz und Gendarmerieeinheiten für die Bekämpfung der Migration auf, Frankreich und die USA stationierten im Norden des Niger Drohnen zur Überwachung der Sahara. Auch dabei geht es um die Bekämpfung der Migration, v.a. aber auch die Sicherung einer Fluchtursache: Des Abbaus von Uran für französische Kernkraftwerke und von Phosphat, das für die globale Landwirtschaft von zentraler Bedeutung ist.

Christoph Marischka ist Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisation IMI (Tübingen). Seine Schwerpunkte sind u.a. Westafrika und Aufklärungstechnologie. – Hinweis: Von IMI gibt es folgende Links zu den Fluchtursachen in der Region: <http://www.imi-online.de/download/IMI-Fact-Sheet-Mali2016.pdf> | <http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2016-39b-BW-Mittelmeer.pdf> | <http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2016-4web.pdf>

Wolf-Dieter Just

Das Dublin-System der EU und Kirchenasyl

Das Dublin-System ist für die EU-Asylpolitik von zentraler Bedeutung. Es regelt, welcher Staat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist, wenn ein Asylsuchender in die EU einreist. Zentraler Inhalt ist das „One-State-Only“-Prinzip, mit dem illegale Weiterwanderungen und die Asylantragstellung einer Person in mehreren Staaten verhindert werden sollen. Nur ein Mitgliedsstaat ist für die Prüfung eines Asylantrags zuständig – in der Regel derjenige, der zuerst einem Antragsteller die Einreise in das EU-Gebiet gestattet (bzw. nicht verhindert!) hat. Reist dieser illegal weiter, ist der Ersteinreisestaat verpflichtet, den Asylsuchenden zurückzunehmen. Die Dublin-Verordnung ist höchst umstritten, weil sie nach Überzeugung ihrer Gegner – der Autor eingeschlossen – zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen führt.

Defizite der Dublin-Verordnung

1. Die Regelung belastet überproportional die EU-Staaten an den Außengrenzen, insbesondere Griechenland, Malta und Italien, während sich die Mitgliedsstaaten in der geographischen Mitte der EU weithin ihrer Mitverantwortung entziehen können. Aufforderungen der Außengrenzstaaten nach mehr europäischer Solidarität verhallen seit Jahren ergebnislos.

2. Da sich die Staaten an den Außengrenzen mit der Aufnahme von Flüchtlingen überfordert sehen, greifen sie zu rigorosen Abwehrmaßnahmen, bei denen es immer wieder zu Verletzungen der Zurückweisungsverbote der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention kommt: Sie versuchen auf oft rüde und menschenrechtswidrige Art und Weise, Flüchtlinge an der Einreise in das EU-Gebiet zu hindern (sog. push backs), damit diese gar nicht erst die Möglichkeit erhalten, einen Asylantrag zu stellen: hohe Zäune, Abdrängen, Rückeskortieren und manövrierunfähig machen von Flüchtlingsbooten. Dabei wurde wiederholt brutale Gewalt angewendet, bei der Flüchtlinge zu Tode kamen.

3. Zu den Abwehrmaßnahmen der Staaten an den Außengrenzen gehören auch abschreckende Aufnahmebedingungen: In Bulgarien und Ungarn drohen Flüchtlingen Obdachlosigkeit oder Haft bis hin zu körperlichen Misshandlungen und Folter, in Italien Obdachlosigkeit und mangelnde soziale und gesundheitliche Versorgung. In Griechenland sind die „Haft-, Verfahrens- und Aufnahmebedingungen“ laut Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte so menschenrechtswidrig, dass Rücküberstellungen nach Griechenland seit 2011 unzulässig sind. – Seit 2013 enthält die Dublin III-Verordnung immerhin ein Überstellungsverbot bei „systemischen Mängeln“ des Asylverfahrens in dem Mitgliedsstaat, in den abgeschoben werden soll (Art. 3 Abs. 2), und bei Gefahr von „unmenschlicher und erniedrigender Behandlung“ im Sinne von Art. 4 der EU-Grundrechtecharta. Ob solche „systemischen Mängel“ vorliegen, soll das auf Malta neu eingerichtete European Asylum Office prüfen.

4. Schließlich bleiben bei der Regelung des für das Asylverfahren zuständigen EU-Staates die Wünsche der Flüchtlinge gänzlich unberücksichtigt. Ob ein Antragsteller in einem EU-Staat Freunde, entferntere Verwandte oder andere Bindungen hat, ob er die Landessprache spricht, gute Qualifikationen und Job-Chancen hat etc. – all das spielt keine Rolle. Flüchtlinge werden zu reinen Objekten abstrakter Regelungen, auf die sie keinerlei Einfluss haben. Man schiebt sie wie eine Ware zwischen den Mitgliedsstaaten hin und her – eine klare Verletzung ihrer Menschenwürde.

Trotz dieser gravierenden Mängel hält die EU am Dublin-System bis heute fest – mit der Folge, dass z.B. Flüchtlinge weiter nach Bulgarien, Ungarn und Italien rücküberstellt werden – die Gefahr von „unmenschlicher und erniedrigender Behandlung“ in diesen Ländern wird zynisch in Kauf genommen. Inzwischen empfiehlt die EU-Kommission sogar, die Überstellung von Flüchtlingen nach Griechenland ab 15. März 2017 wiederaufzunehmen, obwohl sich an der desolaten Situation der Flüchtlinge dort nichts geändert hat. Bundesinnenminister de Maiziere hat diese Empfehlung sofort aufgegriffen und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angewiesen, Rücküberstellungen nach Griechenland nur noch bis zum 15. März auszusetzen.

Was bleibt, um Flüchtlingen die Rücküberstellung in Not und Unmenschlichkeit zu ersparen?

Es gibt zwei Möglichkeiten: Zum einen die **Klage** gegen den entsprechenden Bescheid beim Verwaltungsgericht. Tatsächlich wurden mit verschiedenen Gerichtsentscheidungen in jüngerer Zeit Rücküberstellungen u.a. nach Italien, Ungarn und Bulgarien verboten – wegen „systemischer Mängel“ des Asylsystems in diesen Ländern oder wegen drohender Obdachlosigkeit, mangelnder materieller und gesundheitlicher Versorgung. Leider aber sind nicht alle Verwaltungsgerichte bereit, sich in dieser Weise gegen eine menschenrechtswidrige Asylpolitik zu stellen.

Eine zweite Möglichkeit ist das **Kirchenasyl**. Seit Beginn der Kirchenasylbewegung in Deutschland 1983 sind einige tausend Flüchtlinge vor erneuter Verfolgung, Folter oder gar Tod gerettet worden. Das beweist die hohe Erfolgsquote: In 80 bis 90% der Fälle waren Kirchenasyle bisher erfolgreich in dem Sinne, dass eine Abschiebung verhindert werden konnte. Es wurde Zeit gewonnen für eine nochmalige Prüfung des Einzelfalls, und dabei stellte sich heraus, dass im Asylverfahren Fehler unterlaufen waren, Asylgründe oder Abschiebehindernisse übersehen worden waren – gefährliche Irrtümer, die kein gutes Licht auf die Qualität der Asylverfahren werfen.

Bei den sogenannten Dublin-Kirchenasylen soll verhindert werden, dass Flüchtlinge in EU-Staaten „rücküberstellt“ werden, in denen – wie oben erwähnt – keine menschenrechtskonformen Asylverfahren oder Aufnahmebedingungen gewährleistet sind. In der EU-Grundrechtecharta heißt es:

„Niemand darf in einen Staat abgeschoben oder ausgewiesen werden ..., in dem für sie oder ihn das ernsthafte Risiko der Todesstrafe, der Folter oder einer anderen unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe oder Behandlung besteht.“ (Art. 19,2; ein gleiches Verbot gilt laut Art. 3 Europäische Menschenrechtskonvention)

Kirchengemeinden, die Flüchtlinge schützen, die in diese Länder rücküberstellt werden sollen, nehmen das Recht ernst. Sie stellen den Rechtsstaat nicht in Frage, wie ihnen gerne unterstellt wird, sondern verteidigen den Rechtsstaat gegen den aktuellen Abschiebungsr rigorismus von Politik und Behörden, verteidigen geltende Menschen- bzw. Grundrechte, da wo staatlicher Schutz versagt.

Laut Dublin-Verordnung soll die Rückführung eines Flüchtlings in den für das Asylverfahren zuständigen Staat innerhalb von 6 Monaten erfolgen. Gelingt das nicht in dieser Frist, geht die Zuständigkeit für das Verfahren an den Staat über, in dem der Flüchtling sich solange bereits aufhält. Bei den Dublin-Kirchenasylan in Deutschland geht es darum, diese 6-Monatsfrist zu überbrücken und so Rücküberstellungen in Problemländer wie Bulgarien und Ungarn zu verhindern. Nach Fristablauf kann der Flüchtling dann sein Verfahren in Deutschland betreiben und das Kirchenasyl verlassen.

Allerdings ist diese Möglichkeit von Gemeinden, Flüchtlinge zu schützen, in Gefahr. Nach einem Entwurf der EU-Kommission für eine Reform des Dublin-Systems (Dublin IV) sollen alle Fristen innerhalb dieses Systems abgeschafft werden – d.h. wenn ein Staat wie Bulgarien oder Griechenland einmal zuständig ist für ein Asylverfahren, bleibt er es in Ewigkeit – Länder mit geographischer Mittellage wie Deutschland können sich endgültig ihrer humanitären Verantwortung entziehen. Jede Möglichkeit eines humanitären Selbsteintrittsrechts von Mitgliedstaaten würde abgeschafft.

Angesichts der ständigen Verschärfungen des Asylrechts in Deutschland ist die Zahl der Kirchenasyle in jüngster Zeit sprunghaft gestiegen. Engagierte in der Kirchenasylbewegung arbeiten seit Monaten am Limit. Wir wissen zurzeit von 323 Kirchenasylan bundesweit mit mindestens 547 Personen, davon etwa 145 Kinder. 267 der Kirchenasyle sind sogenannte Dublin-Fälle (Stand 13.01.2017).

In NRW befinden sich z.Zt. 78 Menschen in 50 Kirchenasylan, davon 43 Dublin-Fälle und 2 im „stillen“ Kirchenasyl. 40 Kirchenasyle wurden in den letzten 12 Monaten beendet, davon 39 (97%) erfolgreich. (Stand 01.02.2017)

Wolf-Dieter Just ist Ehrenvorsitzender der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche. <http://www.kirchenasyl.de/>

Lesetipp

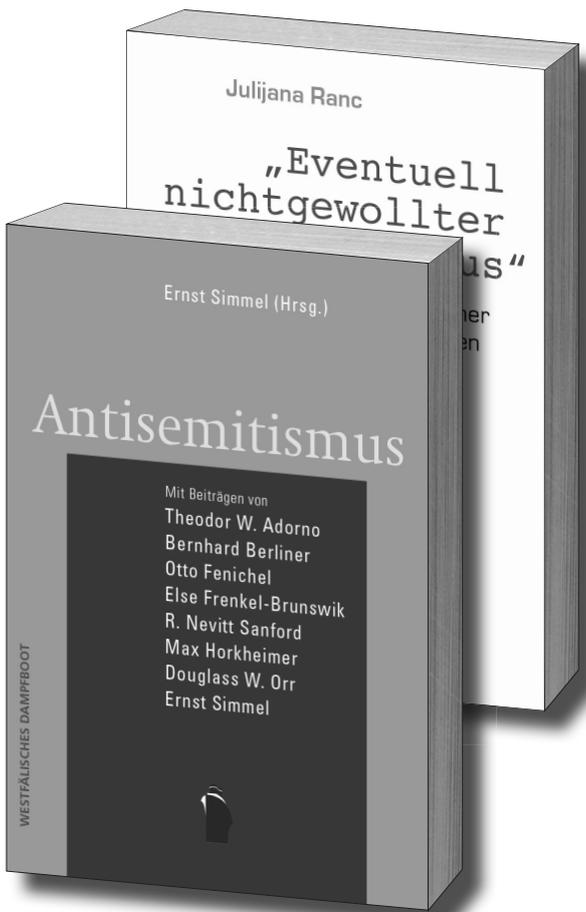
Gerhard K. Schäfer/Barbara Montag/Astrid Giebel/Joachim Deterding Hg.

Geflüchtete in Deutschland. Ansichten – Allianzen – Anstöße
Vandenhoeck & Ruprecht 2017, 414 S.

ISBN 978-3-7887-3094-9 | ISBN (PDF eBook) 9783788730956

Enthält gute Beiträge aus dem Bereich der Diakonie und der Ev. Hochschule Bochum.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Ernst Simmel (Hrsg.)
Antisemitismus
Neuausgabe verantwortet von Helmut Dahmer
2017 - ca. 220 S. - ca. 24,90 €
ISBN: 978-3-89691-109-4

Ein Meilenstein: die erste interdisziplinäre Deutung des Antisemitismus in Europa und in den USA. Was Autoren wie Adorno, Horkheimer und Fenichel in der Emigration zusammenführte, war ihr leidenschaftliches Interesse, einen der grauenvollsten Schrecken des 20. Jahrhunderts, den latenten und manifesten Judenhas, aufzuklären: seine psychischen und sozialen Beweggründe offenzulegen, seine Vorgeschichte, seine ideologische Struktur, seine alltäglichen Erscheinungsformen und die Sprache seiner politischen Propaganda beschreibend zu untersuchen.

Julijana Ranc
„Eventuell nichtgewollter Antisemitismus“
Zur Kommunikation antijüdischer Ressentiments unter deutschen Durchschnittsbürgern
2016 - 264 Seiten - 29,90 €
ISBN: 978-3-89691-100-1

13 Prozent der deutschen Bevölkerung haben antisemitische „Vorbehalte“, der Anteil der Personenkreise mit latent antisemitischen Einstellungen, die nur gelegentlich hervortreten, liegt bei bis zu 20 Prozent. Als „unbelehrbar“ in Sachen Antisemitismus gelten 3 bis 5 Prozent. Aber was macht (intersubjektiv kommunizierten) Antisemitismus zu dem, was er ist, und mit welchen Verfahren und Kategorien ist ihm analytisch und definitorisch beizukommen?

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

David Nelson

Kinderrechte für geflüchtete Kinder stärken!

Als 2014 das Übereinkommen zum Schutz der Kinder seinen 25. Geburtstag feierte, waren sich MenschenrechtlerInnen und JuristInnen einig. Die UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) hatte für Verbesserungen zum Schutz der Kinder gesorgt, unter anderem die AnalphabetInnenrate gesenkt und eine größere soziale Sicherheit für Kinder geschaffen. Jedoch fehlt ihr nach wie vor eine individuelle Einklagbarkeit von Rechten und die verfassungsrechtliche Verankerung in den meisten UN-Nationen. Die Asylrechtsverschärfungen im Asylpaket I, II und dem Integrationsgesetz unterstreichen die Notwendigkeit einer Stärkung der UN-KRK. Besonders geflüchtete Kinder sind durch die Verschärfungen des Asylrechts in ihrer Entwicklung beeinträchtigt, weil sie monatelang von Bildung, Teilhabe und sozialer Sicherheit ausgeschlossen werden.

Die Verschärfungen bestätigen zwei Trends im Ausbau der „Festung Europa“:

Erstens wird die aufenthaltsrechtliche Differenzierung zwischen Asylsuchenden verstärkt. Nur ein Beispiel: Sichere Herkunftsländer zu benennen, beraubt eine große Anzahl Hilfesuchender ihres Rechtes auf eine individuelle Prüfung ihres Asylantrags und ein ordentliches Verfahren. Die Geflüchteten werden so untereinander gespalten.

Zweitens zeigt sich der Trend einer Verkomplizierung bürokratischer Abläufe im Prozess des Ankommens der Geflüchteten. Durch die Verlängerung der Wartezeiten in Erstaufnahmeeinrichtungen oder die vorläufige Inobhutnahme als vorgelagerte Unterbringung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete (UMFs) werden die Wartezeiten für Asylsuchende erhöht, der Zweck der Abschreckung zukünftiger Flüchtender schärfer verfolgt und die Selektion verstärkt.

Viele in der UN-KRK festgelegten Kinderrechte werden grundsätzlich verwehrt bzw. nur mangelhaft sichergestellt.

1. Recht auf Bildung (Art. 28 UN-KRK):

Die Bildungssituation für geflüchtete Kinder hat sich durch die Asylpakete weiter verschlechtert. Dem versuchten erleichterten Zugang zu Ausbildungsförderungen steht eine Trennung von berechtigten und unberechtigten Geflüchteten entgegen. Durch die Voraussetzung einer guten Bleibeperspektive wird eine Vielzahl von Geflüchteten von Leistungen ausgeschlossen. Die Erlangung einer Duldung durch die Aufnahme einer Ausbildung bleibt für Menschen aus sicheren Herkunftsländern versperrt.

Der verlängerte Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung auf sechs Monate ist für Kinder eine Verschlechterung, da dieser sie noch mehr Zeit ihrer Schullaufbahn kostet. In neuen „Besonderen Aufnahmeeinrichtungen“ (BAE) werden sie mit ihren Familien in Sammellagern untergebracht sein, für deren Aufenthalt es laut Gesetz keine zeitliche Grenze gibt. So werden sie unbegrenzt von Teilhabe und dem Recht auf Entwicklung ausgeschlossen sein.

2. Recht auf Eltern (Art. 7 Abs. 1 UN-KRK)

Durch den ausgesetzten Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird UMFs das Recht genommen, mit ihren Eltern zusammen zu leben. Auch der Ersatz für die elterliche Erziehung in Form von Hilfen zu Erziehung wird ausgehöhlt. Die Landesregierungen haben kürzlich die Bundesregierung aufgefordert, das Jugendwohnen für UMFs auszugestalten, das nur sporadische pädagogische Begleitung vorsieht. Der pädagogische und jugendhilferechtliche Klärungsprozess wäre somit aus den Angeln gehoben und die zum Teil schwer traumatisierten Jugendlichen noch früher auf sich allein gestellt.

3. Recht auf einen angemessenen Lebensstandard (Art. 27 UN-KRK)

Durch die Entscheidung, Asylbewerberleistungen als Sachleistungen auszuzahlen und die Änderung des Höchstaufenthalts in Erstaufnahmeeinrichtungen sind insbesondere begleitete minderjährige Geflüchtete extremer sozialer Unsicherheit ausgesetzt. Viele Aufnahmeeinrichtungen in Deutschland haben keine kindergerechten Einrichtungen und Familien sind oft gemeinsam auf kleinem Raum miteinander untergebracht. Die Entscheidung, das Dublin-Verfahren auch wieder für UMFs anzuwenden ist hinsichtlich des Schutzes von Kindern ein Skandal. Die Kinder und Jugendlichen, die auf dem Weg in die Bundesrepublik wertvolle Zeit des Lernens und Lebens verloren haben, werden schon bald gezwungen sein, in die Länder ihrer ersten Registrierung in der EU auszureisen.

Kinderrechte verwirklichen? Aber wie?

Zwar wird dem Thema der UMFs vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt, dennoch wird wenig für die schutzbedürftigste Gruppe unter Geflüchteten getan. Auch begleitete minderjährige Geflüchtete in Unterkünften für Asylsuchende finden kaum Beachtung. Durch eine gute Lobbyarbeit für die Kinderrechte sollte die Beachtung der geflüchteten Minderjährigen verstärkt werden und eine Berücksichtigung dieser in Standards und Richtlinien gefordert werden. Geflüchtete Kinder sollten gezielt über die Beschwerdestelle der UN unterrichtet werden und Gruppen wie UNICEF, Amnesty oder PRO Asyl sollten sie ermutigen, ihre Rechte einzufordern und dies in Kampagnen öffentlich zu inszenieren. Damit die UN-KRK mehr ist als ein multilaterales Abkommen, auf das sich im moralischen Sinne positiv bezogen werden kann, sollte die Forderung nach einer Verankerung von Kinderrechten im deutschen Grundgesetz verstärkt werden.

David Nelson ist Sozialarbeiter in einer Zentralen Unterbringungseinrichtung des Landes NRW. Er veröffentlicht zu gelingender Sozialer Arbeit mit Geflüchteten und zur besonderen Situation minderjähriger Geflüchteter. Kontakt: davidnelson@gmx.de

Jens Flachmeier

Veränderungen in der Flüchtlingsarbeit

Weihnachten 2016 liegt hinter uns und die Festlichkeiten standen noch deutlich unter dem Eindruck des Terroranschlages in Berlin. Am gleichen Tag fand in Aleppo die Evakuierung zehntausender Bewohner ihre Fortsetzung. Das vergangene Jahr, in Kenntnis dieser und anderer Geschehnisse, hinter sich zu lassen und mit Zuversicht in das Neue zu starten fällt schwer. Dennoch gilt es, sich den Herausforderungen zu stellen und zu kämpfen für die Dinge, die uns wichtig sind. Rupert Neudeck, ein Mitstreiter in der Sache, gab einer seiner Veröffentlichungen folgenden Titel: „Man muss etwas riskieren. Menschlichkeit ohne Kompromisse“. Ein Titel, der das Zeug hat, ein Leitsatz für alle Menschen zu sein, die es weiterhin als ihre Aufgabe sehen, geflüchteten Menschen zu helfen. Die Bedingungen dafür sind jedoch nicht einfacher geworden. In dem Protokoll eines Gesprächs zwischen der Kanzlerin und Vertretern der Landesregierungen im Jahr 2015, steht folgender Beschluss: „... *Bund und Länder sind sich darüber einig, dass es der nachfolgend genannten Maßnahmen bedarf, um den derzeitigen Flüchtlingsandrang zu bewältigen. Dazu gehören insbesondere die Beschleunigung von Verfahren und die Vermeidung von Fehlanreizen. ... Wer keine Bleibeperspektive hat, muss Deutschland verlassen. Damit diese Unterscheidung rasch vorgenommen werden kann, kommt insbesondere der Beschleunigung von Verfahren und der Vermeidung von Fehlanreizen bei Personen ohne Bleibeperspektive große Bedeutung zu.*“

Ein Beschluss, der weitreichende Folgen hat:

Im September 2016 wurde darüber informiert, dass alle neu Zugewanderten registriert seien und ihren Asylantrag stellen konnten. Bereits seit Februar 2016 konnte man auch – insbesondere bei Menschen aus Syrien – von bereits abgeschlossenen Asylverfahren hören. Wurde in den ersten Verfahren dem überwiegenden Teil der aus Syrien stammenden Antragsteller noch die Flüchtlingseigenschaft (u.a. verbunden mit einem dreijährigen Aufenthaltstitel und der Möglichkeit des Familiennachzugs) zuerkannt, änderte sich die Praxis des BAMF dahingehend, überwiegend subsidiären Schutz (1 Jahr Aufenthaltstitel) zu gewähren. Laut der Verwaltungsgerichte in NRW werden in diesem Zusammenhang viele Klagen gegen die Entscheidungen des BAMF eingereicht, von denen ca. 80% zugunsten der Kläger entschieden werden. Bedenklich ist zudem das neue Verfahren des BAMF, dem zufolge nicht mehr derjenige über den Asylantrag entscheidet, der das im Verfahren zentrale Interview geführt hat, sondern ein Beamter, der nur nach Aktenlage entscheiden soll. Es werden also mehr denn je restriktive Entscheidungen gefordert, welche „Gefühlsduselei“ keinen Raum geben.

Integrationsgrenzen in Deutschland

Im Dezember 2016 jährte sich ein Datum, welches für Integrationsaufgaben in Bezug auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte von Bedeutung ist. Im Dezember 1955 wurde das deutsch-italienische Anwerbeabkommen unterzeichnet. Es erlaubte deutschen Unternehmen dringend benötigte Arbeits-

kräfte aus Italien zu beschäftigen. Bis heute sind rund 4 Mio. Italiener zum Arbeiten nach Deutschland gekommen, nach ihnen noch viele Arbeitssuchende. Alle hatten gemeinsam, dass man ihren Aufenthalt nur für die Dauer ihrer Arbeitstätigkeit einplante. Dementsprechend schlecht entwickelten sich die Integrations- und Teilhabestrukturen, doch durch die Familiennachzüge musste offensiveren Integrationsbemühungen Raum gegeben werden.

2017 sehen sich die Menschen im Bundesgebiet einer Realität ausgesetzt, die sich von der damaligen unterscheidet. Sie sind Aufnahmegesellschaft für Menschen, deren Ausreisemotivationen aus ihrem Heimatland auf lebensbedrohlichen Umständen beruhen. Integration wird inzwischen durch Gesetze, wie das Bundesintegrationsgesetz, geordnet. Brauchten wir ein zentralistisch gesteuertes Integrationsgesetz? Eher die Grundhaltung in Behörden und vereinzelt in der Zivilbevölkerung muss sich ändern. Sie muss Integrationsbemühungen ermöglichen, nicht verhindern oder erschweren.

Wenige Beispiele zeigen, welche Bedingungen gelungene Integration benötigt:

- Es reicht nicht, Integrationskurse zu verordnen, während Anträge der Betroffenen beim BAMF gleichzeitig abgelehnt werden. Es kann nicht sein, dass Arbeitsmarktzugänge für Geflüchtete abhängig von ihrer Nationalität gemacht werden.
- Unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen muss durch die Jugendhilfe Unterstützung zuteil werden, die einen alters- und entwicklungsgerechten Aufenthalt ermöglicht. Kinderschutz steht über Aufenthaltsrecht.
- Die Anerkennung schulischer und oder beruflicher Vorkenntnisse muss gewährleistet und die Zugänge in die Bildungssysteme müssen niedrigschwellig gestaltet werden, ohne geltende Standards zu gefährden.
- Regeleinrichtungen, wie Kitas und Schulen, benötigen mehr Personal und gute Konzepte.
- Unternehmen müssen mehr Mut aufwenden, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Jens Flachmeier ist Dipl. Sozialarbeiter, arbeitet als NRW-Integrationsagentur & Flüchtlingsreferent u.a. in der Koordination ehrenamtlicher Helfer in der Flüchtlingsarbeit beim Diakonischen Werk im Kirchenkreis Recklinghausen gGmbH

Lesetipps

Navid Kermani

Einbruch der Wirklichkeit. Auf dem Flüchtlingstreck durch Europa. Mit Fotografien von Moises Saman.

C.H.Beck, München 2016, 4.Auflage, 93 Seiten

Daniel Fuhrhop

Willkommens-Stadt. Wo Flüchtlinge wohnen und Städte lebendig werden.

oekom verlag, München 2016, 216 Seiten

Tareq Alaows / Maren Wenzel

Warum Refugees in Bochum „streiken“

Alles begann im März 2016 in der Turnhalle an der Max-Greve-Schule. Monatlanges Warten in einer Notunterkunft mit über 60 Personen brachten uns dazu, zu sagen: „Wir gehen vor das Rathaus!“ Um für die Bearbeitung unserer Anträge und bessere Lebensumstände zu protestieren. Daraus wurde der Refugee Strike Bochum. Über die Entwicklung und Ziele einer selbstorganisierten Gruppe geflüchteter Menschen in Bochum:

Es ist kalt auf dem Platz vor dem Rathaus. Trotzdem haben wir mit Unterstützenden Zelte aufgebaut und kochen rund um die Uhr Tee. Unser Protestcamp mit Menschen

aus verschiedenen Unterkünften dauerte 17 Tage lang. Wir wollten endlich teilhaben: Am gesellschaftlichen Leben in Bochum. Wir forderten, endlich Asylanträge stellen zu können, Zugang zu Sprach- und Integrationskursen und eine Vermittlung in Wohnungen.



Protestieren für gesellschaftlichen Zugang: Der Anfang des ersten Protestcamps im März 2016. (Foto: Maren Wenzel)

Der Protest zeigte Wirkung. Wir machten Schlagzeilen und schließlich kam Oberbürgermeister Thomas Eiskirch vor das Rathaus. In weiteren Gesprächen mit der Stadt wurde uns versprochen, bald Anträge stellen zu können. Dies wurde mit einem eigenen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bochum möglich. Außerdem wurden unter anderem mehr Sprachkurse und ein erklärendes Papier zur privaten Wohnungsnahme versprochen. Wir beschlossen, das Protestcamp zu unterbrechen, aber weiter aktiv zu sein.

„Gute“ und „schlechte“ Geflüchtete

Das mussten wir auch. Bis heute gibt es nicht genügend Sprach- und Integrationskurse sowie Sozialwohnungen in Bochum. Kurse und Privatwohnungen werden nur einer kleineren Gruppe mit sogenannter „sicherer Bleibeperspektive“ ermöglicht, andere werden zu „schlechten“ Geflüchteten ernannt und haben keinen Zugang zu einem Leben mit Privatsphäre und Bildung.

Neben Gremienarbeit, wie Gesprächen mit der Stabstelle Flüchtlinge im Rathaus, besuchen wir deshalb auch die Treffen des Initiativkreises Flüchtlinge in Bochum. Er besteht aus Trägern von Unterkünften, Initiativen und Ehrenamtlichen. Auch an großen Aktionstagen wie der Menschenkette gegen Rassismus, die am 18. Juni stattfand, haben wir teilgenommen.

Aber auch für diejenigen, die sich an diesem Tag nicht die Hand geben konnten – weil sie abgeschoben wurden oder

im Mittelmeer ertranken – bezogen wir Stellung, indem wir die Kette mit Schuhen unterbrachen und ihnen so Raum gaben. Die Aktion wurde gemeinsam mit der Gruppe Treffpunkt Asyl, aus der auch viele unserer Unterstützenden kommen, organisiert.

Für uns heißt eine selbstorganisierte Gruppe zu sein, sich auch für andere einzusetzen. So unterstützten wir auch die Protestierenden in der Turnhalle an der Querenburger Straße im Juni 2016. Sie sollten in eine Zeltstadt am Rande der Stadt verlegt werden und blieben. Nach zwei Wochen konnten wir erreichen, dass die Menschen schon bald zumindest in Unterkünften in der Stadt verlegt wurden. Die Zeltstadt an der Kollegstraße steht seitdem leer, auch die Turnhallen wurden geräumt. Aber es gibt weiter Massenunterkünfte in Bochum.

Gegen unfaire und intransparente Auflagen

Auch für diejenigen, die von der neuen „Wohnsitzauflage“ betroffen waren, setzten wir uns ein. Der Zwang besagte, dass alle, die eine Anerkennung in 2016 erhalten hatten und vor Inkrafttreten des bundesweiten

Integrationsgesetzes am 6. August nach Bochum gezogen waren, wieder in ihr vorheriges Bundesland zurückgehen sollten. Für uns eine äußerst unfaire Behandlung – mit einem weiteren Protestcamp von Betroffenen im September konnten wir Druck auf die Stadt machen, die vorgeschriebenen Härtefallanträge zu akzeptieren und viele hundert Menschen konnten in Bochum bleiben. Auf Landesebene wurden dann aber noch härtere Auflagen beschlossen.

Monatlanges Warten, Leben in Massenunterkünften, kein Zugang zu Bildung und der Zwang, in einer bestimmten Stadt leben zu müssen: So sieht für uns kein selbstbestimmtes und freies Leben aus. Deshalb gibt und wird es den Refugee Strike Bochum weiterhin geben. Wir wollen mit unserer Gruppe geflüchteten Menschen eine Stimme und Gewicht geben. Und gleichzeitig gegen die negative Haltung, die viele gegenüber uns haben, aktiv etwas tun.

Für die Zukunft wollen wir zwei Mal im Monat offene Lunchs in Kooperation mit der Gruppe World Beat Club und der DIDF-Jugend an der Rottstraße organisieren. Außerdem wollen wir mit den beiden Initiativen sogenannte „Tandems“ anbieten: Deutsch und nicht-deutschsprechende Menschen lernen voneinander die jeweilige Sprache. Auch bei politischen Aktionen wird mit uns zu rechnen sein. Wie gesagt: Das Protestcamp ist nur unterbrochen – der Protest geht weiter.

Tareq Alaows ist seit dem Protestcamp im März 2016 aktives Mitglied beim Refugee Strike Bochum

Maren Wenzel ist Supporterin des Refugee Strike Bochum

Flüchtlingstribunal 13.-16. Juni 2013 in Berlin

WIR SIND HIER, WEIL IHR UNSERE LÄNDER ZERSTÖRT!

Abschlussklärung

Die auf dem Mariannenplatz in Berlin Kreuzberg von Einzelpersonen oder Gemeinschaften vorgetragenen Anschuldigungen gegen die BRD machten anhand von konkreten Beispielen die unterschiedlichen Aspekte der tödlichen Flüchtlingspolitik der BRD deutlich. Die AnklägerInnen legten Zeugnis davon ab, wie die BRD durch ihre aggressive Außenpolitik und die deutschen Konzerne die Menschen zur Flucht zwingen. Ausbeutung, Repression, Militarisierung und Kriege werden vom deutschen Imperialismus wieder in die Welt getragen – nach Afghanistan, Nordafrika, Sudan oder in die Türkei. Widersetzen sich Menschen der Ausbeutung, der Zerstörung der Umwelt oder der Unterdrückung in ihren Ländern, sind sie mit Repressionsapparaten konfrontiert, die unter anderem von der deutschen Regierung ausgebildet, unterstützt und von deutschen Waffenschmiedern und Konzernen ausgerüstet werden. Fliehen sie von den Orten, wo sie ihres Lebens nicht mehr sicher sind, stoßen sie an Grenzen und Sicherheitszäune, die von der deutschen Regierung und Firmen im Rahmen der Grenzschutzagentur FRONTEX aufgebaut und finanziert werden. Diese europäische Grenzschutzagentur soll die Opfer des von Deutschland und von den anderen ehemaligen Kolonialmächten erzeugten Elends von Europa fern halten. FRONTEX – die tödliche Flüchtlingsabwehragentur – operiert aber nicht nur an den Grenzen Europa, sondern auch jenseits des europäischen Kontinents. Sie ist an der Verfestigung eines Kontrollapparats zur Eindämmung der erzwungenen Migration beteiligt.

Die auf dem Flüchtlingstribunal vorgebrachten Anklagen bezüglich der Außenpolitik der BRD und der wirtschaftlichen Interventionen deutscher Wirtschaftsunternehmen sind im Folgenden zusammengefasst. Die Anklagen werden im Einzelnen



mit den Ausführungen in der späteren Dokumentation veröffentlicht und den interessierten

Personen und Organisationen zugänglich gemacht. Hier die Zusammenfassung der vorgetragenen Anklagen:

- Die Bundesrepublik wird angeklagt, unsere Länder zu zerstören, durch Plünderung der Rohstoffe in unseren Herkunftsländern, durch Ausbeutung unserer Arbeitskraft, durch Zusammenarbeit mit Diktaturen, durch Ausbildung von Militär und Polizei in unseren Ländern, durch wirtschaftliche und politische Einmischung.
- Die BRD wird angeklagt wegen der Kriege in Jugoslawien, Irak und Afghanistan.
- Die BRD wird angeklagt, die Besetzung Palästinas finanziell und durch Waffenlieferungen zu unterstützen.

- Die BRD wird angeklagt wegen der Beteiligung
 - an der Unterdrückung und Ermordung der Bevölkerung in Sudan,
 - an der Unterdrückung der Opposition in der Türkei,
 - an der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung,
 - an der Zerstörung der syrischen Gesellschaft,
 - an der Unterdrückung der Opposition im Iran,
 - an der Zerstörung von Libyen durch die NATO.
- Die BRD wird angeklagt, zusammen mit der EU keine Verantwortung für die Opfer des unter anderem von der NATO geführten Kriegs in Libyen zu übernehmen. Anstatt Libyen-Flüchtlinge aus Subsahara-Ländern aufzunehmen, werden diese mit Hilfe der EU in Auffanglagern wie Choucha in Nordafrika festgehalten.
- Die BRD wird angeklagt, die sogenannte Integration von Libyen-Flüchtlingen in Tunesien mit 600.000 Euro forciert zu haben, obwohl bekannt ist, dass Subsahara-Flüchtlinge keinerlei Rechte in Tunesien haben und zudem von rassistischer Gewalt bedroht sind.
- Die BRD wird angeklagt, dass sie zusammen mit der EU verantwortlich für die Xenophobie ist, die zwischen den Bevölkerungen der nordafrikanischen Länder immer stärker wird.
- Die BRD wird angeklagt, auf Tunesien und andere Länder Nordafrikas Druck auszuüben, um die Weiterreise von Flüchtlingen nach Europa zu verhindern. Dafür werden die Grenzpolizeien der entsprechenden Länder mit EU-Geldern aufgerüstet.
- Wir klagen die BRD wegen der Militarisierung Afrikas durch FRONTEX und der Ermordung von Flüchtlingen an den Außengrenzen Europas an.
- Die BRD wird angeklagt, maßgeblich die Implementierung der sogenannten Dublin II-Verordnung vorangetrieben zu haben und auf dieser Grundlage massenhaft Abschiebungen innerhalb Europas zu vollziehen. Damit verletzt die Bundesrepublik Deutschland unser Recht auf Bewegungsfreiheit und freie Wohnortwahl.
- Die BRD wird angeklagt, dass Abschiebungen nach europäischen Anrainerstaaten stattfinden, obwohl der Bundesrepublik Deutschland bekannt ist, dass wir z. B. in Italien obdachlos und ohne medizinische Versorgung ein menschenunwürdiges Leben auf der Straße führen müssen oder z. B. in Ungarn im Gefängnis festgehalten werden, nur weil wir in Europa Schutz gesucht haben.
- Die BRD wird angeklagt, dass viele unserer Freundinnen und Freunde gezwungen sind, sich durch Verätzen ihrer Finger selbst zu verletzen, um dem Fingerabdruck zu entkommen, diesem in unsere Körper eingebrannten Gefängnis, das über die Eurodac-Datenbank unsere Bewegungen überwacht.

Quelle: homepage der Flüchtlingsorganisation „The Voice“: <http://www.thevoiceforum.org/node/3275>

Mehr Fotos von Mahdiye Kalhor: https://www.flickr.com/photos/mahdiyeh_kalhor/page2

Dieter Alexander Behr

Zwischen Widerstand, Flucht und Exil – Emmanuel Mbolelas Kampf für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung

*„Emmanuel Mbolelas Buch ist deshalb so beeindruckend, weil es nicht nur ein Buch der mutigen, detailgenauen Brandmarkung ist, sondern auch ein Buch der unausrottbaren Hoffnung. Ein Buch des Widerstandes, des Aufstandes des Gewissens.“
Jean Ziegler*

Im Mai 2014 erschien im Wiener Mandelbaum-Verlag die Erste Auflage des Buches „Mein Weg vom Kongo nach Europa – zwischen Widerstand, Flucht und Exil“ des Autors und Aktivisten Emmanuel Mbolela. Seitdem sind nun beinahe drei Jahre vergangen – und die Zwischenbilanz ist durchaus beeindruckend: das Buch musste mehrmals nachgedruckt werden, dutzende Rezensionen sind erschienen, des Weiteren absolvierte der Autor über 200 Lesungen in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Holland, Frankreich und Portugal.

Das anhaltende Interesse an Mbolelas Buch ist äußerst begrüßenswert, gleichzeitig aber auch bitter notwendig: steht doch die persönliche Fluchtgeschichte und politische Autobiographie des Autors quasi paradigmatisch für abertausende Flüchtlinge und MigrantInnen, denen heute der Zutritt zur Europäischen Union verwehrt wird.

Emmanuel Mbolela wurde 1973 in der Demokratischen Republik Kongo geboren und begann sich bereits als Schüler in seiner Heimatstadt Mbujimayi im Zentrum des Landes gegen den damaligen Langzeitdiktator Mobutu politisch zu engagieren. Als nach der Machtübernahme durch Laurent-Desiré Kabila Ende der 1990er Jahre die Hoffnungen auf Demokratisierung und Frieden schnell verflogen waren, setzte er seine Aktivitäten fort und begann, sich in der Jugendsektion einer Oppositionspartei, der UDPS (Union für Demokratie und sozialen Fortschritt) zu engagieren. Der 17. April des Jahres 2002 sollte dem Leben Mbolelas eine drastische Wende geben: im Zuge einer Großdemonstration in Mbujimayi wurde er gefangengenommen, eingesperrt und gefoltert. Zwei seiner engen Mitstreiter starben an diesem Tag, getroffen von den Kugeln der Polizei. Mbolela musste Hals über Kopf fliehen und verließ das Land in Richtung Brazzaville. Aufgrund der Nichtexistenz von Aufnahmestrukturen für Geflüchtete reiste Mbolela immer weiter, bis er in der malischen Hauptstadt Bamako vor der Entscheidung stand, entweder den äußerst gefährlichen Weg durch die Wüste anzutreten, oder aber in den Kongo zurückzukehren. Der Umstand, dass sich die politische Lage in seinem Heimatland nicht verbessert hatte und politische Oppositionelle nach wie vor verfolgt und ermordet wurden, zwang Mbolela dazu, sich nach Algerien und schließlich nach Marokko durchzuschlagen. In seiner autobiographischen Erzählung schildert der Aktivist die Qualen und die Demütigungen, die MigrantInnen erleiden, wenn sie die Sahara durchqueren – immer wieder nimmt er explizit Bezug auf die Gewalt, die gegen migrantischen Frauen ausgeübt wird, sei es von Seiten der Polizei, bewaffneten Gruppen oder männlichen Mitgliedern der eigenen Community.

Nach unzähligen Strapazen erreicht Mbolela Marokko – doch auch dort ist die Situation für subsaharische MigrantIn-

nen geradezu unerträglich: von gesundheitlicher Versorgung und dem Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildung ausgeschlossen, werden sie oftmals Opfer von brutalen und lebensbedrohlichen Rückschiebungen ins Grenzgebiet zwischen Marokko und Algerien. Aus diesem Grund beschließt Mbolela sein Engagement für Menschenrechte wieder aufzunehmen und gründet im Jahr 2005 gemeinsam mit anderen Reisenden die erste Organisation subsaharischer Migrantinnen und Migranten, die ARCOM (Vereinigung der kongolesischen MigrantInnen und Asylsuchenden in Marokko). Mit dieser Organisation führen sie entschlossene und zum Teil spektakuläre Aktionen durch: sie mobilisieren die subsaharischen Geflüchteten zu einer Blockade vor dem Sitz des UNHCR und besetzen in Rabat eine Kirche, um auf ihre unerträgliche Situation aufmerksam zu machen. Des Weiteren vernetzen sich die AktivistInnen mit marokkanischen und europäischen Menschenrechtsgruppen. Im Jahr 2008 endlich gelingt es Mbolela, mit einem Resettlement-Programm des UNHCR das Land zu verlassen und legal nach Europa zu reisen. Heute lebt er in Holland und ist im transnationalen Netzwerk Afrique Europe Interact (AEI) und im Europäischen BürgerInnen Forum engagiert.

Angesichts der aktuellen Lage haben sich Emmanuel Mbolela und seine MitstreiterInnen dazu entschlossen, konkrete Hilfsmaßnahmen für die subsaharischen Frauen zu ergreifen, die in Marokko stranden und nicht wissen, wo sie eine Herberge finden können. Für sie wurde im Februar 2015 ein Schutzhaus mit dem Namen Baobab aufgebaut. Es steht obdachlosen subsaharischen Frauen und Kindern offen und hat Aufnahmekapazitäten für rund 30 Personen. Der Bedarf an Plätzen ist jedoch noch viel größer und nimmt auch ständig zu. Im September 2016 wurde zusätzlich dazu ein Schulbildungsprogramm für Kinder von Geflüchteten in Angriff genommen – so gelang es, 80 Kinder in marokkanische Schulen zu integrieren. Für das Frauenhaus sowie das Schulprojekt suchen wir dringend Spenden, die mit dem Betreff „Rasthaus Rabat“ an unten angegebene Bankverbindung gerichtet werden können. Wenn Sie weitere Informationen erhalten wollen, können Sie gerne Ihre Postadresse beifügen.

Dieter Alexander Behr ist Aktivist, Übersetzer, Journalist und Lektor an der Universität Klagenfurt und an der Universität Wien. Außerdem arbeitet er in antirassistischen Bildungsprojekten mit Gewerkschaften und Schulen.

Anfragen für Lesungen und Diskussionen mit Emmanuel Mbolela und seinem Buch können gerne per email an uns gerichtet werden: da.behr@reflex.at

*Bankverbindung: Europäisches BürgerInnen Forum | ZVR-Zahl: 098368396
Posojilnica Bank Železna Kapla /Bad Eisenkappel | BLZ: 39100 | Konto:
8.055.451 | IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451 | BIC: VSGKAT2K*

Lesetipp

Emmanuel Mbolela
Mein Weg vom Kongo nach Europa – Zwischen Widerstand, Flucht und Exil
Mit einem Vorwort von Jean Ziegler, 4. Auflage, Mandelbaum-Verlag

Willi Hajek

Cedric Herrou,

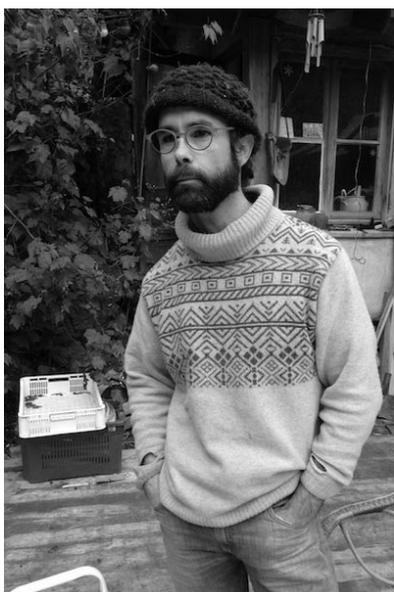
Bauser aus dem Roya Tal an der franco-italienischen Grenze, verurteilt vom Gericht in Nizza – er hat jungen Migranten geholfen, hat sie auf seinem Bauernhof aufgenommen im Roya Tal, unterstützt von den Bewohnern des Tals –

jetzt soll er 3.000 Euro Strafe zahlen für ein sogenanntes Solidaritätsdelikt.

Alle die, die helfen wollen, sollen entmutigt und illegalisiert werden, denn im Tal gibt es einige Cedrics, auch in Calais und überall in France zeigt sich die andere Seite von France, die Seite der grenzenlosen Hospitalité, wie es der Philosoph Jacques Derrida nennen würde.

Cedric ist ein Beispiel von sozialer Verantwortung in einer historischen Situation, in der die unverantwortlichen Verantwortungslosen in den Rathäusern und Parteizentralen und im öffentlichen Raum ein Klima des Hasses und der Ausgrenzung schaffen und produzieren wollen.

Cedric steht für eine andere Welt, er erklärt offen, anderen Gesetzen zu folgen als diesem geltenden Recht der Abschottung. Dabei steht er in der Tradition der Larzac-Bauern und der Zadisten in Notre Dame des Landes und auch seiner Organisation der Confédération paysanne, die in ihrem Kampf nicht bereit waren und sind, sich einer unerträglichen und menschenfeindlichen Legalität zu unterwerfen. Sie haben eine andere Vorstellung von legitimem Handeln, auch die Revolte wie Revolution wird niemals legal sein, aber legitim.



Das Urteil in Nizza wird die Cedrics nicht abhalten von ihrem Tun und viele, so hoffen wir alle, werden zu Cedrics und werden auf ihre Weise zeigen, dass in France heute eine andere Welt sich konstruiert, ähnlich wie bei dem Kampf gegen das El-Khomri-Arbeitsgesetz.

Cedrics machen Mut, sie gibt es überall und genau das macht Hoffnung auf eine andere solidarische, kooperative Gesellschaftlichkeit, die keine Grenzen kennt.

Willi Hajek lebt in La Ciotat bei Marseille, ist aktiv bei den solidaires Basisgewerkschaften in Frankreich und im Netzwerk Europa europäischer BasisgewerkschafterInnen. Dazu im denkklima e.V. engagiert.

Koray Berat Sari

„Okyanus Concerto“ für Bağlama, 2 Gitarren und Sinfonieorchester

Koray Berat Sari fiel bei dem Orchesterkonzert der Musikgemeinschaft Marl im Theater der Stadt Marl am 28. Jan. 2017 auf. Der künstlerische Leiter der Musikgemeinschaft Marl, Wolfgang Endrös, hatte Koray Berat Sari beauftragt, für dieses Konzert ein Orchesterstück zu komponieren, in dem Koray Berat Sari konzertant auf Gitarre und Bağlama mitwirken würde. Diese Uraufführung war ein Höhepunkt des Konzerts. Für AMOS teilte Koray Berat Sari zu seiner Komposition mit:

Als die Projektanfrage von Wolfgang Endrös kam, standen wir vor dem Problem, dass es nicht genug Werke für die Besetzung Bağlama – eine anatolische Langhalslaute – und Sinfonieorchester gab. Und erst recht nicht für ein Ensemblekonzert, in der die Bağlama auch vorkommt. Dies gab mir den Anlass ein neues Werk zu schreiben.

Auf der Suche nach einer Thematik, habe ich mich mit großer Bewunderung für die Meere und Ozeane unserer Erde entschieden. Es war auf den ersten Blick eine große Dimension des Lebens, die wir Menschen nur passiv mitbekommen. Ein Riesenreich mit den größten Wesen in einer Atmosphäre der besorgniserregenden Ruhe ...

Der Ozean: Zum einen der aufregende Lebensraum wundervoller Wesen und atemberaubender Größe und Schönheit. Von den kleinsten Fischen bis hin zu den größten Säugetieren, den Walen. Mit all den schönen Stränden und Küsten.

Doch wenn auch an dem schönsten Strand der Erde eine Leiche eines Kindes liegt, das auf der Reise auf dem großen Meer umkommt und mit den Wellen angespült wird, wird dies zum trostlosen Ort, an der das berauschende Meeresgeräusch zu einem Klagelied wird und selbst die Wellen den Schmerz dieses Anblicks nicht wegspülen können.

In der Vergangenheit wurden unzählige Menschen auf Reisen über die Meere gebracht. Wenn wir uns bewusst werden, wie viele Menschen diesen Weg nicht überleben, verstehen wir, dass dieser prächtige Ozean zugleich ein riesiges Grab ist.

Und trotz allem ist es die Hoffnung, die in jeder Seele sämtliche Angst bezwingt.

Die 5 Sätze des „Okyanus Concerto“ tragen diese Gedanken in sich. Die ersten zwei Sätze stellen die bewundernswerten Seiten dar. Im dritten Satz dient ein anatolisches Klagelied namens „Arix“ (aufgezeichnet von Hüseyin Erdem in Sivas/Türkei) als Fundament. Besonders im 3. und 4. Satz habe ich die effektiven Geräusche der Blasinstrumente genutzt um Wellengeräusche nachzuahmen. Auf die „Kadenz der niedergeschlagenen Wellen“ folgt ein improvisatorisch geschmückter Finalsatz, der die Hoffnung für die Menschlichkeit in uns allen trägt und uns hilft, trotz allem Leid sich wieder aufzurichten.

Koray Berat Sari, 1990 in Düsseldorf geboren, wohnt in Monheim am Rhein. Schon im seinem Elternhaus wurde und wird viel Musik gemacht. Seine Hauptinstrumente sind Bağlama und Gitarre. Als Komponist verbindet er Motive aus der musikalischen und kulturellen Vielfalt im Orient und Okzident. Seine Homepage: www.dilgeshmusic.com

Manfred Walz / Sebastian Müller

Menschenorte 32

AfricanTide e.V. in der Dortmunder City

In einem Bürohaus an der Geschwister-Scholl-Straße, ganz Inah bei den Berufsbildenden Schulen Dortmunds, hat der Verein AfricanTide Union e.V. seine Heimat. Mitten drin in dem von jungen Leuten überquellenden Bau, in dem sie Deutsche Sprache lernen wollen, ist die Etage, in der Immigranten aus Nigeria, Tansania und Guinea ihre Ideen von Integration und gelingender kultureller Vielfalt in Deutschland auf den Weg bringen wollen. Denn kulturelle Vielfalt, Toleranz, Respekt und Akzeptanz der gesellschaftlichen und kulturellen



Unterschiede, sie sollen Alltag in dieser Stadt Dortmund und in diesem Land sein. So sieht das AfricanTide und seine Vorsitzende RosaLyn Dressman. RosaLyn Dressman, gebürtige Nigerianerin, kam mit ihrem Exmann und drei kleinen Kindern nach Dortmund. Sie kam, um zu bleiben und ihre Kinder in Deutschland groß werden zu lassen.

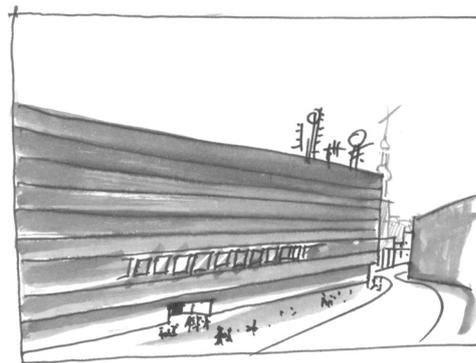
Sie erlebte dann, was das für ihre Kinder in der Schule an Frotzelei oder Diskriminierung mit sich brachte. Sie selbst durchlebte als schwarze Frau Phasen der Verunsicherung und der emotionalen Not. Als ihr Mann fünf Jahre in Südamerika und in China arbeitete und nicht mehr für sie da war, bekam sie es mit dem organisatorischem Aufwand zu tun, den in Deutschland eine allein erziehende Frau aufwenden muss, um hier Kinder groß werden und gut ausbilden zu lassen. Tatkräftig, wie RosaLyn ist, tat sie sich damals mit anderen Eltern gleicher Hautfarbe zusammen, um sich über solches und ähnliches Unrecht auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen, um damit fertig zu werden. RosaLyns Wohnzimmer wurde zum Knotenpunkt für Rat und Hilfe suchende andere Schwarzafrikaner-Familien im Prozess der Integration. Das Wohnzimmer wurde dann zum Geburtsort und zum ersten Büro von AfricanTide – und RosaLyn zur Vordenkerin und Vorsitzenden des Vereins.

Der Verein arbeitete immer systematischer daran, Beschäftigungsplätze und Ausbildungsplätze für schwarz-afrikanische Immigranten zu schaffen. Er entwickelte Ausbildungsmaßnahmen und Beschäftigungsprojekte in dichter Folge. RosaLyn lernte das Dortmunder Arbeitsamt, seine Arbeitsweise, seine Programme und Finanzarchitekturen und seine Leitungsstrukturen kennen und zu beherrschen. Sie kooperiert mit Gemeinden und Jugendämtern, mit dem Land NRW und seinen Ministerien, um Finanzquellen für ihre Beschäftigungs- und Ausbildungsprojekte zu erschließen. Besucht man die schnöde Büro-Etage in der Dortmunder City, wird man in einem belebten Flur mit vielen stark farbigen, selbst produzierten Bildern, Masken und Objekten empfan-

gen, auf ihn gehen viele aufgeräumte Zimmer, am einen Ende ein großer Raum für Versammlungen und am anderen Ende ein großer für Kinder. Es ist kaum noch vorstellbar, dass AfricanTide an einem Wohnzimmertisch anfang, später für einige Zeit im „Haus der Vielfalt“ in zwei kleinen Räumen unterschlupfte, bis sich die Büros in der Geschwister-Scholl-Straße fanden. Heute gibt es noch drei weitere Dependancen in Dortmund, wo von AfricanTide Ausbildungsprojekte, Selbsthilfeprogramme und Beratung veranstaltet werden und täglich ca. 200 Menschen mit ihren Anleiterinnen, Coacherinnen, Lehrerinnen und Beraterinnen in den Projekten an Sinnvollem arbeiten, nachdenken und lernen. Manchmal geht es nur darum, Kinder von afrikanischen Frauen zu bespielen, die irgendwo in einem Kurs sitzen.

Manchmal geht es darum, in langen Gesprächen für jemanden einen Berufsweg oder Bildungsweg in Deutschland zu finden, der vielleicht an die heimatische Bildungskultur, Arbeitskultur oder Lebenserfahrung anknüpfen kann. Manchmal will jemand zu einer möglichen Arbeitsstelle oder Schule begleitet werden,

um angst- oder stressfrei dort anzukommen. Der Verein arbeitet daran, dass jede und jeder seine eigenen Fähigkeiten findet und entwickelt und die eigene Selbständigkeit stärkt, mit dem deutschen Alltag zurechtkommt, egal ob man dann in den Weiterbildungsprojekten von AfricanTide erst einmal Deutsch lernt, als Koch-, Bäckerei- oder Computergehilfe oder in der Wäscherei oder im Gastronomiebereich weiter arbeitet oder sich selbst helfend in der Integration weiter voran wurschtelt.



Während die EU unter dem Druck von Rechtspopulisten und bevorstehenden Wahlen in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich afrikanische Staaten mit dem Scheckbuch ködert und mit Auffanglagern auf ihrem Territorium droht, um ihre Grenzen schon in Afrika dicht zu machen, zeigen AfricanTide und RosaLyn Dressman, was europäische Willkommenskultur sein sollte.

Das Konto für AfricanTide Union e.V.: IBAN DE73 4405 0199 0912 2251 27, Verwendungszweck: Spendername.

Das Konto für AfricanTide Union e.V.: IBAN DE73 4405 0199 0912 2251 27, Verwendungszweck: Spendername.

Manfred Walz, Stadtplaner aus Berlin, ins Ruhrgebiet eingewandert, lernt in der AMOS-Reihe „Menschenorte“ immer wieder „bemerkenswerte Ruhrgebietende“ kennen, Titelzeichner im AMOS.

Sebastian Müller lebt seit 1967 in Dortmund, ist Stadtplanungssoziologe, forscht und schreibt über politische und ökonomische Probleme, mit denen Menschen im Ruhrgebiet zu kämpfen haben.

Wolfram Schneider

AMOS in Marokko



Mit einer kleinen Radlergruppe war ich im April 2016 für drei Wochen durchs Gebirge von Marrakesch nach Fes gefahren. Überrascht war ich, als ich bei einer Kaffeepause in der Stadt el Kebab im mittleren Atlas das Amos-Schild entdeckte. Das bezieht sich dabei weder auf den biblischen Propheten noch die Zeitschrift aus dem Ruhrgebiet, sondern ist die „Association de Microfinance Oued Srou“ (Verein für Mikrokredite im Gebiet Oued Srou, Region Beni Mellal-Khenifra). Amos wurde im Jahr 2000 gegründet und finanziert landwirtschaftliche sowie kleine Unternehmen, die zum großen Teil von Landfrauen betrieben werden.



Wolfram Schneider, Stadtplaner, seit 1975 in Gelsenkirchen, aber auch mit Arbeiten und Reisen in der weiten Welt

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonnentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
 Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Leserbrief zu Martin Luther und Islam

„Luther kannte den Islam und den Koran nicht, das dürfte ihn nur wenig von der Masse des türkischen Heeres unterschieden haben.“ Dieser Satz aus AMOS 3|16, S. 22 macht stutzig. Auch in Wittenberg hat man gewusst, worum es ging und was auf dem Spiel stand. 1529 stand das türkische Heer vor Wien. Niederlage und Islamisierung drohten. Im Reich wurde der „Reichspfennig“ erhoben, eine Sondersteuer zur Finanzierung des Krieges gegen die Osmanen. Ich erinnere mich an einen Ausflug ins Burgenland während meines Theologiestudiums in Wien. Schon vormittags um elf Uhr war das Mittagsläuten zu hören. „Das ist so seit der Türkenzeit“, wurde mir erklärt. „Die Türken vor Wien“ – eine über Generationen unvergessene Erfahrung.

Luther hat seinerzeit in mehrfacher Weise reagiert. Als Seelsorger mit dem „Kleinen Katechismus“: Jeder sollte wissen, worum es im eigenen Glauben geht. Als Prediger mit politischem Einfluss hat er mit einer „Heerpredigt wider den Türken“ gutes Gewissen gemacht für den Kampf; dabei verstand er die türkische Bedrohung als Strafe Gottes für eine sündhaft verrottete Christenheit. Zugleich versuchte er die geistigen Kräfte zu verstehen, die dem Islam solch eine Zugkraft verliehen. Zutun kam ihm, dass bei der türkischen Invasion Ungarns im 15. Jahrhundert ein Georg von Muelbach in Gefangenschaft geraten war. Dieser Mann war an Händler verkauft worden und kam erst nach 20 Jahren wieder frei. Seine späteren Aufzeichnungen über den Islam und seine Bräuche waren für Luther ein wichtiges Zeitdokument, das er 1530 mit einem von ihm selber verfassten Vorwort drucken ließ. – Und Luther setzte sich für den Druck des Koran ein. Er hatte einen handschriftlichen lateinischen Koran aus dem 12. Jahrhundert in die Hand bekommen. Mit dem Orientalisten Bibliander war er sich einig, eine möglichst sorgfältige Edition herauszubringen. Zur Widerlegung des „Lügenbuches“ verfasste er eine Vorrede, eine kritische Einführung. Bemerkenswert: Luther verbrannte den Koran nicht so wie er Jahre zuvor die päpstliche Bannbulle und das römische Recht verbrannt hatte, sondern sorgte für den weltweit ersten Druck des Koran. Eine Pionierleistung! Eine Einladung an die Gebildeten, sich mit diesem seiner Meinung nach „Irr“-Glaubensbuch zu befassen. Fast wäre dieses Projekt am Rat der Stadt Basel gescheitert; denn der Rat hatte die Auflage beschlagnahmt und den Drucker verhaftet. Mit Brief vom 27. Oktober 1542 bewirkte Luther vom Basler Rat die Freigabe der bereits fertigen Auflage. Auf der Grundlage der Bibliander-Ausgabe erschien 1616 der erste Koran in deutscher Sprache, übersetzt von Salomon Schweigger, einem lutherischen Theologen.

Es sollte uns nicht schwerfallen, Luthers zum Teil massiv antitürkische Polemik auf dem Hintergrund der Kriegsgefahr und einer durch Missernten und Pest beförderten Weltuntergangsstimmung zu verstehen. Der Koran war für ihn voller Lügen und Fabeln. Aber in seinem Brief an den Basler Rat nannte er auch als positive Elemente des Islam den strengen Glauben an EINEN Gott, das enthaltsame Leben der Muslime ohne Wein, die Disziplin des Gebets, die Geschlechtertrennung und nicht zuletzt die „sittsame“ Kleidung und Verschleierung (!) der Frauen. Letztendlich war der Türke für Luther wie ein „Heide“, der die Christenheit „von außen“ verfolgt; der wahre Feind aber war für ihn der Papst, der gleißende Teufel „inwendig“ in der Christenheit.

Heute suchen und pflegen wir das ökumenische Miteinander. Der Umgang mit Judentum und Islam als Abrahamsreligionen ist deutlich entspannter. Es gibt (wieder) Synagogen und (zunehmend) Moscheen. In England habe ich als junger Pastor deutschsprachiger Gemeinden den Segen erfahren, der in dem ökumenischen Aufruf „All Faiths for One Race“ steckt: „Viele Religionen – eine Menschheit!“ Normale Wohnhäuser waren – aus Not – zu muslimischen Gebetshäusern umfunktioniert. Das gab Ärger mit den dortigen Nachbarn. Ein Theologieprofessor aus der reformierten Gemeinde und ein Imam machten gemeinsam Hausbesuche und die nachbarschaftliche Verständigung half zum Frieden in der Straße.

In den welterschütternden Umbrüchen der Reformationszeit war es – wie heute – ein Leichtes, Ängste zu schüren. Was man nicht kennt, fürchtet man. Es ist Luther hoch anzurechnen, dass durch ihn der Koran weltweit erstmals gedruckt wurde – mit der Spätfolge, dass ein lutherischer Theologe einer folgenden Generation für eine deutsche Ausgabe sorgte. Für Luther war die Drucklegung des Koran ein notwendiger Schritt, um den anderen, den Andersgläubigen zu verstehen, selbst wenn er als Feind begegnet.

Dr. phil. Jörg Müller, lebt als Pfr. i.R. in Porta Westfalica. Er wirkte in seiner beruflichen Zeit in Marl, Birmingham/Coventry und von Bochum aus im Gemeindedienst für Weltmission/Südliches Ruhrgebiet.

Uri Avnery – 4. März 2017

Napoleons Kanonen

Napoleon kam in eine deutsche Stadt und wurde nicht mit den traditionellen Artillerie-Salven begrüßt. Wütend zitierte er den Major zu sich und verlangte eine Erklärung. Der Deutsche produzierte eine lange Papierrolle und sagte: „Ich habe eine Liste von 99 Gründen. Grund 1: Wir haben keine Kanonen“. „Das ist genug!“, unterbrach ihn Napoleon. „Sie können nach Hause gehen!“

Ich erinnerte mich an diese Geschichte vor zwei Wochen, als ich Jitzhaq Herzogs 10-Punkte-Friedensplan las. Herzog, der Führer der Labour-Partei, ist eine ehrenhafte und intelligente Person. Alle, die über ihn schlimme Dinge geschrieben haben, als es schien, er würde zu Netanjahus Koalition kriechen, sind durch die kürzliche Enthüllung der Aqaba-Friedens-Initiative widerlegt worden.

Die Herrscher von Ägypten, Jordanien und Israel hatten sich im Geheimen getroffen und baten Herzog, sich der Koalition von Netanjahu anzuschließen, um den Frieden möglich zu machen. Herzog wurde von Netanjahu getäuscht und stimmte zu. Er verhielt sich auch unter dem Sturm von verächtlichen Reaktionen still. Das zeigt, dass er anständig und verantwortlich war.

Zweifellos könnte er ein guter Ministerpräsident für Irland sein, wo sein Großvater Oberrabbiner gewesen war oder sogar in der Schweiz. Aber nicht in Israel. Israel benötigt jetzt einen starken Führer, mit viel Charisma und einem tiefen Verständnis für den historischen Konflikt. Nicht einen Herzog.

Kommen wir zurück zu Napoleon.

Vor zwei Wochen veröffentlichte Herzog stolz seinen Friedensplan, der aus 10 Punkten bestand.

Punkt 1 ist eine obligate Wiederholung des Zwei-Staaten-Prinzips. Es ist Punkt zwei, der der Knackpunkt der Sache ist. Er sagt, dass die Verhandlungen für Frieden erst in zehn Jahren beginnen werden. Hier ist es, wo Napoleon gesagt haben würde: „Das ist genug, gehen Sie nach Hause!“

Die Idee, dass Friedensverhandlungen 10 Jahre lang aufgeschoben werden können, ist absurd. Ein Volk unter einer brutalen Besatzung wird nicht zehn Jahre lang stillsitzen. Während dieser Zeit verpflichtet der Plan die Palästinenser (Punkt 6), gegen „Terrorismus und Volksverhetzung“ zu handeln. Keine Erwähnung von Israels Gewalt und Volksverhetzung. Nach zehn Jahren würden unter der Bedingung, dass während dieser Jahre keine Gewalt in der Region ausgeübt wird, Verhandlungen anfangen.

In unserer Region sind 10 Jahre eine Ewigkeit. Mehrere Kriege wüten gerade jetzt in der Region. Da die Besatzung weitergeht, kann jeden Moment eine Intifada in Palästina ausbrechen. Während dieser 10 Jahre wird der jüdische Siedlungsbau in den besetzten Gebieten lustig weitergehen. Aber nur in den „Siedlungsblöcken“. Diese imaginären Blöcke sind niemals definiert worden und Herzog definiert sie auch nicht. Es gibt keine Landkarten dieser Blöcke. Es gibt auch kein Abkommen über die Zahl dieser Blöcke und ganz sicherlich auch keine über ihre Grenzen.

Für einen Araber sind „Siedlungsblöcke“ nur ein Kunstgriff, weiter Siedlungen zu bauen, während man vorgibt, keine zu bauen. Wie ein Araber gesagt hat: „Wir verhandeln über

eine Pizza und in der Zwischenzeit esst ihr die Pizza auf.“ Da gibt es Behauptungen, dass das ganze Gebiet östlich von Jerusalem zu einem Siedlungsblock gehört und bald von Israel annektiert werden soll. Dies würde den zukünftigen Staat Palästina fast in zwei Teile schneiden mit nur wenigen Kilometern Wüste bei Jericho, die sie miteinander verbinden.

Ah, Jerusalem! Dies gibt es nicht in Herzogs Plan. Das mag komisch erscheinen, aber ist es nicht. Hier kommt Napoleon noch einmal. Ein Plan, der keine Lösung für Jerusalem einschließt, ist eine Stadt ohne Kanonen. Jeder, der selbst die leiseste Ahnung von arabischer und muslimischer Sensibilität hat, weiß, dass kein Araber und Muslim in der Welt damit einverstanden sein wird, einen Frieden zu machen, in dem Ost-Jerusalem und das Heiligtum in nicht-muslimischen Händen sein werden. Es kann verschiedene Lösungen für Jerusalem geben – Teilung, Gemeinsame Herrschaft und andere –, aber ein Plan, der keinen Vorschlag für eine Lösung hat, ist wertlos. Dies zeigt eine miserable Ignoranz der arabischen Welt.

Was erscheint auf seinem Plan auch nicht? Die Flüchtlinge. Im 1948er-Krieg floh mehr als die Hälfte des palästinensischen Volkes oder wurde vertrieben. Viele dieser Flüchtlinge und deren Nachkommen leben jetzt in der Westbank und im Gaza-Streifen. Viele andere leben in den benachbarten arabischen Staaten und in aller Welt. Kein Araber kann ein Friedensabkommen unterzeichnen, das nicht wenigstens eine symbolische Lösung bietet. Bis jetzt ist man mehr oder weniger still übereingekommen, dass es zu einer „gerechten und übereingekommenen Lösung“ kommen muss – ich vermute z.B. die Rückkehr einer begrenzten Anzahl, und eine großzügige Entschädigung, um die Ansiedlung von allen anderen außerhalb von Israel zu finanzieren.

Da gibt es noch ein anderes Problem, das nicht erwähnt wurde. Der Plan verlangt Einigkeit unter den Palästinensern in der Westbank und Gaza als eine Bedingung für den Frieden. Gut. Aber betrifft uns das? Aber sicher tut es dies. Im Oslo-Abkommen verpflichtete sich Israel, vier „sichere Passagen“ zwischen der Westbank und dem Gazastreifen zu öffnen, eine Strecke von etwa 40 km durch israelisches Gebiet. Tatsächlich wurde nie eine Passage eröffnet, auch wenn Straßenschilder schon gesetzt waren, die später wieder weggenommen wurden. Dies war und ist ein flagranter Bruch des Abkommens.

Das unvermeidbare Ergebnis ist das Auseinanderbrechen von zwei Entitäten: Die Westbank unter der PLO und der Gazastreifen unter der Hamas. Die israelische Regierung scheint mit dieser Situation glücklich zu sein. Wiedervereinigung verlangt die Öffnung der Passagen. Kein Wort darüber in Herzogs Plan.

Allen intelligenten Israelis ist jetzt klar, dass wir vor einer schicksalhaften Wahl stehen: entweder zwei Staaten oder ein Apartheid-Staat oder ein einziger Staat mit arabischer Mehrheit. Die meisten Israelis wünschen keinen von diesen drei. Es ist nur noch eine weitere Übung in Vergeblichkeit.